

Die „Volksmacht“
erscheint wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Abteilungen, Neue Frauenstr. 3/6,
und durch Postvertreter zu beziehen.
Preis vierteljährlich DM. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen DM. 2.50,
frei ins Haus DM. 2.00,
wo keine Post am Orte, DM. 3.34.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren beträgt
für die einseitige Anzeigen-
zeile von 10 bis 15 Pf.
Zusätzliche Spalten 20 Pf.
Anzeige für Arbeitnehm. 15 Pf.
Zusätzliche 25 Pf.
Verzeichnis-Versammlungs-Anzeigen
15 Pfennige.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 34.

Breslau, Sonnabend, den 10. Februar 1912

23. Jahrgang

Der präsidentenlose Reichstag.

Die Reichstagsitzung vom Donnerstag dauerte nur 2 Minuten. Der Zweck der Sitzung ist nicht erreicht worden. Der deutsche Reichstag hat noch immer kein Präsidium. Die Entscheidung soll nunmehr am Freitag fallen. Vielleicht fällt sie erst später. Vorläufig ist noch nicht abzusehen, welche Entwicklung die Dinge nehmen werden. Es fehlt eben an einer festen Mehrheit im Reichstage. Vielleicht hat es sein Gutes, daß diese Tatsache gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode mit solcher Handgreiflichkeit zutage tritt. Wenn die Zusammensetzung des Reichstages zum Ausdruck käme, so wäre dieses protestatorische Schauspiel nicht möglich. 7½ Millionen deutscher Wähler haben für die Parteien der Linken gestimmt und nur 1½ Millionen für die unterirdischen Gruppen des schwarz-blauen Blocks, selbst wenn man unbefleckten Polen und Reichlein einrechnet. Und doch haben diese Gruppen und Grüppchen der Rechten, die alle zusammen wenig mehr Stimmen aufgebracht haben, als die Sozialdemokratie für sich allein, ungefähr ebensoviele Sitze im Reichstage als die gesamte Linke, jedoch die Entscheidung in vielen Fällen an einem Raden hängt, das heißt von ein paar unruhigeren Quantitäten abhängen wird. Und darum auch die Scheu auf beiden Seiten, durch Abstimmung eine glatte und klare Entscheidung über die Frage des Präsidiums herbeizuführen. Man fürchtet rechts und links ein Zufallsresultat, und man trägt Scheu, ein Präsidium einzusetzen, das bei jedem Zusammenstoß Gefahr läuft, seine Mehrheit in eine Minderheit verwandelt zu sehen. Und so ergibt sich denn wieder, daß die veraltete, den Volkswillen fälschende, das Übergewicht reaktionärer Parteien künstlich aufrecht erhaltende Wahlkreisinteilung die Mutter vieler Uebel ist. Hoffentlich zieht daraus die bürgerliche Linke die richtigen Lehren.

Mit großer Spannung wird der Ausgang der Präsidialkrisis in der Reichshauptstadt erwartet. Wieder standen dicke Menschenmengen vor dem Reichstagsgebäude und wieder waren die Tribünen brechend voll. Weit langsamer füllte sich der Saal. Bis unmittelbar vor Beginn der Sitzung hielten die meisten Fraktionen Versprechungen ab. Gegen 3 Uhr trat mit Bestimmtheit das Gerücht auf, daß alle Verhandlungen ergebnislos gewesen seien, daß man eine Krisenprobe sürchte und daß man daher, um Zeit zu gewinnen, eine Vertagung beschließen werde. Und so geschah es denn auch. Der greise Träger eröffnete die Sitzung. Der Schriftführer Varnhölfer verlas den Einlauf und Herr Wassermann beantragte dann sofort die Vertagung auf den folgenden Tag. Herr Groeber schloß sich dem Antrage an und einstimmig wurde er zum Beschluß erhoben. So bleibt dem Träger noch provisorischer Vorsitzender und wird — ein noch nie vorgekommenes Beispiel in der Geschichte des deutschen Reichstages — mindestens noch eine dritte Sitzung leiten. Uebrigens ist von ein paar mißgünstigen Alerikalen abgesehen — alles darüber einig, daß nach nie ein Alterspräsidium mit so viel Würde und Geschick geführt worden ist. Mit wahrer Jugendfrische erfüllt der 82jährige Herr seine Pflichten.

Die draußen herrschende Menge nahm mit großer Enttäuschung die Nachricht von der Erfolglosigkeit der Sitzung auf. Gleich nach Schluß der 3 Minuten-Sitzung wurden die Verhandlungen zwischen den Fraktionen fortgesetzt. Man zieht alle Register, um die Nationalliberalen auf die schwarz-blaue Seite hinüberzuziehen. Besonders tätig ist in dieser Richtung der politische Adjutant des Reichskanzlers, Herr Wahnschaffe. Er arbeitet im Schweiße seines Angesichts, „im Wahn, daß er etwas schaffe“, wie ein Fortschrittler spöttelte.

Die Krise.

Inzwischen schwirren über die Aussichten der heutigen Wahl die verschiedenartigsten Gerüchte umher, von denen wir nachstehend einige verzeichnen. Bis zum Beginn der Donnerstags-Sitzung des Reichstages war die Frage der Besetzung des Präsidiums überhaupt noch nicht so weit gediehen, daß man sich für eine bestimmte Persönlichkeit schlüssig gemacht hätte. Vielmehr handelt es sich einzig und allein darum, wie die drei Präsidentenposten auf die einzelnen Fraktionen verteilt werden sollen. In reaktionären Abgeordnetenkreisen neigt man zu der Ansicht, daß ein Sozialdemokrat auch als Vizepräsident für die Rechte und das Zentrum nicht in Frage kommen dürfte, nachdem die sozialdemokratische Partei die Präsentationspflichten nicht übernehmen will. Die Nationalliberalen sollen zu einem Teil entschließen für ein Präsidium der Linken sein, während dagegen der andere Teil mehr für eine Verständigung mit dem Zentrum und der Rechten ist.

Die Haltung der Sozialdemokraten.

Nach dem „Berl. Tagebl.“ haben die Sozialdemokraten den beiden liberalen Fraktionen offiziell mitgeteilt, daß sie im Falle der Wahl eines Sozialdemokraten zum Vizepräsidenten — auf den Präsidenten verzichteten sie — die staatsrechtlichen Verpflichtungen erfüllen würden. Weiter

Bedingungen können sie sich nicht vorzeichnen lassen. Eine Einigung der Linksparteien scheint weniger möglich als vorher.

Ein anderes Gerücht.

Wie dem „Volksm.“ aus parlamentarischen Kreisen berichtet wird, war im Laufe des Donnerstags vormittag bereits zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie eine Verständigung über die Besetzung des Präsidiums in Aussicht genommen, wonach Dr. Spahn erster Präsident und ein Sozialdemokrat Vizepräsident werden sollte. Im letzten Augenblicke trat aber das Zentrum von seiner Abmachung wieder zurück. Man will wissen, daß dieser Wechsel in seiner Haltung auf die Permutation der Herren v. Hertling zur Übernahme des Präsidiums zurückzuführen sei. Darauf soll wieder die Ansicht die Oberhand gewonnen haben, daß das Zentrum mit einem Sozialdemokraten nicht im Präsidium sitzen dürfe und die Verhandlungen zerfallen sind.

Wahnschaffe schiebt.

Nach Schluß der Sitzung kam, wie die „Nat.-Mz.“ hört, eine Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Wahnschaffe und den Hrn. v. Kormann, Graf Westarp, Hrn. v. Wamp, Schulz und v. Kröcher statt. Die Konferenz, die streng vertraulicher Natur war, dauerte längere Zeit. Es besteht kein Zweifel, daß es sich bei dieser Unterredung um die Präsidentenwahl gehandelt hat.

Die Polen

haben die Erklärung abgegeben, daß sie für keinen Präsidenten aus der nationalliberalen oder konservativen Partei zu haben wären. Im übrigen seien sie nicht zum schwarz-blauen Block zu rechnen. Wollen sie sich bessern?

Wer?

Aus Berlin wird uns noch geschrieben: Seit zwei Tagen umlagern dicke Menschenmassen das Portal 2 des Reichstages, wo die Abgeordneten ein- und ausgehen, und warten auf das Ergebnis der Präsidentenwahl. Dutzende photographischer Kameras stehen knipsbereit, um das Bild des Gewählten aufzunehmen; ihre Inhaber und die übrigen Zuschauer betreiben sich die Zeit, indem sie eifrig die Frage diskutieren: Wer wird's? Aber während draußen gestritten und geratet wird, ist man drinnen auch nicht klüger, weder in der großen Wandelhalle, noch in den Fraktionszimmern weiß jemand auf die Frage des Tages die richtige Antwort zu geben. Noch ist die Lösung des Rätsels nicht gefunden.

Mit großer Heiterkeit hat das neu gewählte Haus am Donnerstag seinen eigenen einstimmigen Beschluß angenommen, die Präsidentenwahl auf den Freitag zu vertagen, weil, wie der Abgeordnete Wassermann ausführte, „die Verhandlungen darüber in den Fraktionen und zwischen den Fraktionen“ große Schwierigkeiten ergeben haben. Herr Wassermann hat mit dieser Begründung deutlich genug auf die Schwierigkeiten angespielt, mit denen er selbst in seiner Fraktion zu kämpfen hat. Er ist nämlich, wie allgemein erzählt wird, Anhänger eines nationalliberal-sozialdemokratisch-fortschrittlichen Präsidiums, kann aber für seinen Vorschlag in der Fraktion keinen allgemeinen Beifall finden. Die Gegner des Wassermann'schen Vorschlages weisen darauf hin, daß für ein solches Präsidium der Linken nur eine unruhige und knappe Mehrheit zu finden sei; andere fürchten, sich die Hofgunst zu verlieren, wenn die nationalliberale Partei die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Präsidentschaftswahl des Reichstages ermöglicht. Der rechte Flügel wünscht Bildung eines Präsidiums mit den Schwarz-Blauen, unter Preisgabe der Fortschrittspartei. Ein Vermittelungs-vorschlag fordert, daß das Präsidium aus einem Zentrumsmann, einem Nationalliberalen und einem Freimüthigen gebildet werden soll. Ohne die Unterstützung der äußersten Rechten oder der äußersten Linken ließe sich aber auch dieser Plan nicht verwirklichen, da die in seiner Kombination vertretenen Parteien mit 177 Stimmen noch lange nicht die Mehrheit des Hauses bilden.

Die Unsicherheit des Kräfteverhältnisses gibt auch den kleineren Parteien Bedeutung. Die 18 Stimmen der Polen können den Ausschlag geben. Die Polen wollen aber keinen Garantien im Präsidium, und sie langieren die Idee, ein Präsidium aus Zentrum, Sozialdemokratie und Fortschritt zu bilden. Für diese Kombination wären, wenn sich die Parteien auf sie einigten, gegen 260 Stimmen zu haben, also eine sehr große Mehrheit.

Das Bemerkenswerteste an all diesen Erörterungen ist, daß die Konservativen in ihnen so gut wie gar keine Rolle spielen. Die Junterpartei scheint fünftes Rad am Wagen geworden zu sein. Sie könnte nur durch einen glatten Umfall der Nationalliberalen einen Platz im Präsidium zurückgewinnen; der Widerstand gegen eine solche verräterische Taktik, der den Zusammenhalt mit der Fortschrittspartei schwer gefährden würde, ist aber, wie allgemein behauptet wird, in der nationalliberalen Partei sehr stark.

Unter solchen Umständen konnte der Reichstag gar nichts anderes tun, als durch Vertagung einem boreiftigen Beschluß aus dem Wege gehen. Zur Stunde, da die Entscheidung noch aussteht, kann man nur wünschen, daß eine Kombination zustande kommt, die Dauer verbirgt. Ein

Präsidium braucht, um die Geschäfte erfolgreich führen zu können, nicht nur eine Mehrheit, die es wählt, sondern auch eine, die es dauernd stützt. Denn das Präsidium muß zur Ausführung seiner Vorschläge, zur Befestigung seiner Entscheidungen eine solche dauernde Mehrheit haben, sonst ist es binnen kurzen zur Abdankung gezwungen, und die Verlegenheit beginnt aufs neue.

Das Reichsparlament aktionsfähig zu machen, daran sind, etwa abgesehen von den unentwegten Antiparlamentariern und Wahlrechtsfeinden der Rechten, alle Parteien des Hauses interessiert. Nicht zuletzt auch die Sozialdemokratie, die es in diesem Hause auf die Probe anlegen will, ob die bürgerlichen Parteien zu irgend einer erprießlichen positiven Arbeit im Interesse des Volkes zu haben sind. Da sie nicht daran denkt, mit den Liberalen eine feste Arbeitsgemeinschaft zu bilden (ein Block von Ledebour bis Feder und von Frank bis Wittum hat doch nur für Wähler Bedeutung), kann sie wohl ein Präsidium der Linken, wenn es Bestand verbürgt, passieren lassen, sie braucht sich aber keineswegs darauf zu verlassen. Sie wird es aber auch am allerleichtesten verschmerzen können, wenn durch den Mangel und die Eifersüchtelei der bürgerlichen Parteien irgend ein lebensunfähiger präsidialer Wechselbalg an den Tag befördert wird. Selbst der Mangel eines schwarz-blau-nationalliberalen Präsidiums kann sie mit größter Gemütsruhe entgegensehen; niemand hat Grund, einen solchen Rechtsabmarsch der Nationalliberalen zu fürchten, als die Nationalliberalen selbst.

Durch die Vertagung der Präsidentenwahl ist die Unsicherheit der Mehrheitsverhältnisse, die dem neuen Hause seine Signatur verleiht, gleich am ersten Tage zu drastischem Ausdruck gekommen. Unehliche Augenblicke der Spannung, wie die gegenwärtigen, wird man im neuen Reichstage noch öfter erleben, und das braucht man nicht zu bedauern, da das politische Interesse durch sie in ständiger Bewegung erhalten wird.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Fraktion bestimmte als Redner zum Etat die Genossen Scheidemann, Dr. Frank, Ledebour und Dr. David. Ferner wurde beschlossen, eine Interpellation einzubringen, in welcher die Aufhebung des Kartoffelkolles und der Zölle auf Futtergerste und Mais gefordert wird. Redner hierzu sind die Genossen Bod und Nutric. Als erster Initiativantrag soll die Reform der Geschäftsordnung des Reichstages zur Verhandlung gebracht werden. Die Fraktion wird wieder eine größere Anzahl Initiativanträge einbringen, darunter der Antrag auf Einführung der Ministerverantwortlichkeit; den Antrag auf Abänderung der Verfassung, wonach zu einer Kriegserklärung die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist; den Antrag auf Einführung des Proporz, des Frauenwahlrechts; Festlegung eines Sonntags als Wahltag; Lieferung amtlicher Wahlurnen.

Die sozialpolitischen Anträge wurden einem Ausschuss von 21 Mitgliedern zur Vorkberatung überwiesen.

Der Einzug der Gewerkschaftler im neuen Reichstage.

Die wirtschaftlich tätigen Berufsorganisationen gewinnen immer mehr Bedeutung. Am deutlichsten läßt sich das daran erkennen, daß innerhalb der verschiedenen Reichstagsfraktionen den Vertretern der Berufsverbände Plätze eingeräumt worden sind; daran dachte früher außer bei den Sozialdemokraten niemand.

Die am weitesten rechts stehenden Gewerkschaftsvertreter sind im Zentrum. Es sind Feder, Biesberts — mit gelber Hilfe gewählt —, Schiffer, Schirmer und Schwarz. Als christliche Gewerkschaftsvertreter wurden durch die christlich-sozialen Parteien Behrens, und durch die nationalliberale Partei Deckmann gewählt. Der Letztere verdrängte mit Reichsverbandshilfe unseren Genossen Due. Wieberg, der Vorsitzende des christlichen Bauarbeitersverbandes selbst, der Vorsitzende des christlichen Bauarbeitersverbandes selbst, der Vorsitzende der polnischen Berufsvereinigungen, Sojuzski, Platz genannnen.

In der nationalliberalen Fraktion ist der oben schon genannte christliche Bergarbeiter Deckmann mit Marquardt, dem Führer der Leipziger Handlungsgesellen, zusammen, der gewissermaßen als der Erbe des Triolenhaas übernommen wurde.

Für die fortschrittliche Volkspartei und die demokratische Vereinigung kandidierten drei Hirsch-Zunderische Gewerkschaftler, des weiteren zwei Führer der technisch-industriellen Beamten und der Sekretär des Verbandes deutscher Bureaubeamter. Es gelang keinem von ihnen, ein Mandat zu erobern.

In der sozialdemokratischen Fraktion saßen von 1907 bis 1911 genau ein Duzend Gewerkschaftler. Der neue Reichstag sah gestern 26 einmarschieren. Es sind die Genossen Bauer, Bender, Bod, Brey, Deichmann, Geier, Siebel, Hildenbrandt, Koch, Horn, Jäckel, Käppler, König, Krüger, Krüger, Legien, Lüttmann, Sachs, Silber, Schmidt, Simon, R. Schmidt, Roste, Spiegel, Haberland und Binder.

Die Juntoren des neuen Reichstages.

Zahle sich auch im neuen Reichstage junge Kräfte vor... wie so hochbaute diesmal das Parlament eine sehr hohe...

Die sozialdemokratischen - Juden.

Einen berben Hasinadlosker leinet sich die Sozialdem... darunter natürlich der für Wahrheit, Freiheit und...

Juden im Reichstage. Unter den neugewählten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten befinden sich folgende Juden: Verhoff - David - Kient - Herold - Landsberg - Gradauer - Lamm - Gasse -...

Der Reichstagsabgeordnete für Göttingen, Paulus Gossel, Maurer Landadel - ein Jude! Mehr mag das Reich nur die jüdische Abstammung hergeleitet haben, denn nicht weniger als sechs von den angeführten sozialdemokratischen Abgeordneten sind uns als Nichtjuden bekannt...

Die gollige Stimmung.

Der Patentpatrioten klingt deutlich aus den Besprechungen heraus, die die agrarischen Organe der Eröffnungssitzung des Reichstages widmen. So lesen wir in der Dortmunder „Deutschen Tageszeitung“:

Die nationalen schwarz-weiß-roten Klagen haben über den vier Ecktischen des Reichshauses am Kaiserstag, und draußen steht dicht gedrängt eine Menschenmenge, zum Teil wassermaunliche Gestalten, die aus die neuen Männer von der roten goldenen 110 wartet, als deren Sprecherpräsident der Reichstag...

Wohlwund nicht von diesem billigen Geizhals...

Der Seelen des Militarismus beweist sich selbst. In Kriegerkolonne, tabellarisch ausgerichtet, stehen hierher vor dem Reichshaus die Offiziere, und sobald einer der Offiziere sich nach unten beugt, um den Gruppenführer das Zeichen zum Surren zu geben...

Sturmlied.

Roman eines russischen Barrikadenkämpfers von M. Kraschew. Ins Deutsche übertragen von F. B. G. G. „Nur der Tod kann uns vom Tode erretten!“ kochte er bei den letzten Worten dieses Menschen, der sich für andere aufopfert...

als Figur als Vorkämpfer, und harte Bekämpfung erregt es, als er unter die Schriftführer auch Herr Siedelmann beruft. Neben Herrn Siedelmann hat Herr Wemmer. Aber nicht unten im...

Die „Nationalzeitung“ wieder will gesehen haben, wie Nebel fast wie verjüngt ausfah aus Vergnügen über seine 110 Mann.

Die Arbeiterpartei.

Bei den Wahlen hat die deutsch-konservative Fraktion trotz der meißnischen Hilfe, die ihr vielfach von liberalen Wählern zuteil wurde, erhaben erdört sich abgezeichnet. Dafür erfreut sie sich jetzt, nach den Wahlen, eines raschen Zuwachses an Mandaten...

Politische Uebersicht.

Freiherr von Hertling bayrischer Ministerpräsident?

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Freiherr v. Hertling, kühnherbe am Donnerstag vormittag früh mit dem Konventual von über die Präsidentschaftswahl im Reichstag. Gegen Mittag wurde in den Wandlungsgängen des Parlaments bekannt, daß der Zentrumsführer plötzlich nach München abgereist sei...

Was den Freiherrn v. Hertling aus seiner Tätigkeit im Reichstage wie aus seinen diplomatischen Missionen am päpstlichen Hofe kommt, der wird seinen Vorgesetzten im Zweifel darüber sein, daß nur ihm ein Mann auf den Präsidentschaftsstuhl des kaiserlichen Ministeriums kommen würde...

Nach der „Münchener Post“ sind bei der Demission des Ministeriums vor allem auch preussische Einflüsse maßgebend gewesen, und zwar sei von Berlin aus vor der Sozialdemokratie gewarnt worden.

185 Millionen Mark Schuldenzinsen.

Die zu verzinsenden Reichsschulden beziffern sich nach dem neuen Etat auf

4.823.656.700 Mark,

wofür die deutschen Steuerzahler an Zinsen pro Jahr 185 Millionen Mark aufbringen müssen. - Die „Berliner Volkszeitung“ stellt dazu folgendes Rechenexempel auf:

„Rechnen wir den Durchschnittslohn eines deutschen Arbeiters täglich 4 M. täglich, dann erarbeiteten 250.000 Arbeiter täglich 4 x 250.000 = 1 Million Mark. Aufzubringen an Zinsen für die Reichsschulden sind jährlich 185 Millionen Mark. Folglich müssen in Deutschland eine Viertel Million Arbeiter ganze 185 Tage, länger als ein halbes Jahr, arbeiten, um einen Lohn in Höhe der jährlichen Schuldenverzinsung zu erarbeiten!“

Diesen Zustand nennt man dann eine „Gesundung unserer Reichsfinanzen“!

Auf dem Arbeiterjugendfang.

Die Direktoren der Dresdener Volksschulen wurden dieser Tage mit folgendem Zirkular beglückt:

„Dresdener Jugendbund. Dresden, am 28. Januar 1912.“

Sehr geehrter Herr Direktor! Zur Förderung der Ihnen wohlbestimmten Bestrebungen des Dresdener Jugendbundes gestattet sich der unterzeichnete Ausschuss für die Arbeiterjugend, Sie um eine große Gefälligkeit zu bitten.

Um die nächste Eltern die Schule verlassenden Knaben so zeitig als möglich auf den Bund aufmerksam zu machen und in seine Arbeit zu bekommen, bittet der unterzeichnete Ausschuss, ihm aus der Zahl der zur Entlassung kommenden Knaben aus dem beiliegenden Formular diejenigen zu bezeichnen, die in erster Linie durch die Verhältnisse gefährdet zu sein und in der Zeit nach der Entlassung einer Stütze bedürfen.

Knaben aus ausgesprochenen und offensichtlich sozialdemokratischen Familien sollen zurzeit noch nicht in Betracht gezogen werden, es sei denn, daß annehmbarer Weise dem nichts im Wege stünde.

Wir bitten Sie, das beiliegende Formular gefälligst möglichst bis 15. März 1912 ausgefüllt an Herrn Schuldirektor Loos, erste Bezirksschule zu Dresden, zurücksenden zu wollen. Mit vorzüglicher Hochachtung

Dresdener Jugendbund. Ausschuss für die Arbeiterjugend. J. A.: Rechtsanwalt Bernsdorfer.

Die Vorkehrungsmaßregel des Arbeiterjugendfangauschusses, die Kinder der ausgesprochenen Sozialdemokraten einstweilen noch zu schonen, um so eifriger auch die Kinder der indifferenten Arbeiter zu umgarnen, weist die Arbeiter auf die einzig wirksamsten Mittel, die der bürgerlichen Jugendbewegung das verdiente Gesicht zu bereiten imstande sind. Diese Mittel sind: Stärkung der Kampforganisationen der Arbeiterschaft, insbesondere Stärkung der proletarischen Jugendbewegung.

Die Erneuerung des Liberalismus.

„Werd' ich beruhigt se mich auf ein Faulbett legen; So sei es gleich um mich getan.“

Diesen Faustischen Latendrang empfindet die „Freiburger Volkszeitung“ und unmittelbar, nachdem die letzte Wahltschlacht geschlagen ist, gibt sie Anregungen für die zukünftige Arbeit des Liberalismus, die anderen liberalen Blättern, wie z. B. der nationalliberalen „Düsseldorfer Zeitung“, als so beachtenswert erscheinen, daß sie sie weiter verbreiten.

Man ist nicht ganz zufrieden mit dem Ausgang der Schlacht. Die Mehrheit der Linken ist zu klein. Das muß anders werden. Alle Kräfte sind anzuspannen. Aha, denken wir, nun wird die Aufforderung kommen, dafür zu sorgen, daß in Zukunft nicht wieder, wie es am ersten Stichwahltag geschah, die liberalen Wähler der Reaktion eine Anzahl von Mandaten in die Hände spielen. Aber nein: es handelt sich für die „Freiburger Volkszeitung“

Unterlassen hatte, daß die Vase in der Stadt wenig geändert. Das romantische Menschenbild erwirkte sich langsam und langsam; noch war kein Ende zu sehen. Die Vase mochte und bewegte sich früher erregt und unruhig auf und ab. Die Vase im Garten, ergriff sich langsam und langsam und machte den Eindruck eines aufgeregten, unruhigen Wesens, in dem Verdrängen der Vase hin und her...

Er begriff sofort, um was es sich handelte, und fühlte sich so unbehaglich, als wenn Sarnik's Feigheit auf ihn selbst zurückfiel und ihn beschämte. „Ist schließlich auch ein Mensch“, dachte er verächtlich, trat an den Rand des freien Platzes und blickte finster auf den Boden. In seinem Innern erhob sich ein ganz neues, unklares aber schwer bedrückendes Gefühl. Neue, unruhige Ameisenhaufen kamen aus entfernten Gegenden herbeigerannt, so daß alle Hausdächer, Balkone und Fenster mit kleinen schwarzen, wimmelnden Gestalten angefüllt waren. Die allgemeine Spannung nahm ständig zu; schon hörte man von allen Seiten Geräusche von blutigen Zusammenstößen und Menschenopfern aufstehen und wieder verschwinden. Als es aber hieß, gegenüber dem Eisen und an der Stelle, an der Laurentos Abtheilung hielt, seien Maschinengewehre aufgestellt, und in den Höfen gegenüber dem Boulevard Soldaten verstreut, wuchs die Wut unmerklich, aber jäh. Die Geschlechter nahmen einen bössartigen Ausdruck an, statt der sorglos glänzenden Augen, dem vergnügt aufgestellten Munde und den erwartungsvollen Mienen sah man finstere Blicke, fest zusammengepreßte Lippen und blutunterlaufene Gesichter. Wärschen vernahmte der Lärm, und in der augenblicklichen Stille hörte man etwas wie dumpfe, von weitem sich nähernde Schritte. Laurento wurde immer trauriger zumute, und er fühlte immer deutlicher, daß mit diesem Tage alles für ihn zu Ende sei. Unter diesem Vorgefühl verlor die ganze Umgebung wie in einem schwarzen Schleier; er hatte den Wunsch, fortzukeifen, solange noch Zeit war; irgendwohin, wo Glas, Blumen und Sonne wäre - nur keine Menschen. Dort in der grünen Einsamkeit wollte er sich auf den Boden legen, seinen müden Körper an ihn schmiegen, die hellen Sterne und den weiten Himmel betrachten, vor Schmerz und Freude weinen und immer weiter leben und leben...

und die, die ihr zustimmen, zunächst nur um den Ausbau der Organikation.

Nach einer schönen Sache: Doch wie soll es gemacht werden? Liberalismus ist nicht nur Politik, Liberalismus ist Weltanschauung. Er muß auf allen Gebieten gepflanzt werden, wenn er auf politischem rege sein soll. Der Liberalismus muß also Bildungsarbeit leisten. Aber da auch mit der Bildung die Vereinsmitglieder nicht zusammenzubringen sind, muß die liberale Weltanschauung in die Gesellschaft hinein getragen werden. Das ist die Hauptsache. Der liberale Verein soll Herrenabende und Familienabende geben, Ausflüge und im Winter vielseltigen einen Ball veranstalten. Vom karnevalistischen Herrensabend aus wird der Liberalismus reaktiviert, in gemeinschaftlichen Eisbesuchen ruhen die Wurzeln seiner Kraft.

Am wichtigsten ist die Mitarbeit der Frau. Die „Freiburger Volkszeitung“ ist auch in dieser Beziehung durchaus fortschrittlich gesinnt. Die Frau muß gewonnen werden. Und zwar auch auf dem Wege über den Winterball:

Spricht sich herum, wie weit man bei den Liberalen unterhält, dann drängt die Frau den politischen Gleichgesinnten: laß uns doch auch einmal hingehen. Und gefällt es ihm, dann gibt er wohl seinem Herzen einen Stoß und tritt ein.

Es ist eben eine veraltete und unhaltbare Auffassung, daß die Frau ins Haus gehöre. Sie gehört auf das Tanzstüchchen des liberalen Vereins. Sie soll um Gottes willen nicht „unangenehm politisiert“ werden.

Erlens schlagen wir noch lange nicht vor, die Frau auf die Rednertribüne zu stellen, sondern nur als Rednerin in den von der Freiheitlichen Jugend zu geben und dabei arbeiten zu lassen. Dann aber ist die Frau in Verbindung zu sein mit allen öffentlichen Konten em, und es schadet das ihren Frauenrechte und Frauenwürde gar nicht. Aber das hat zu denken wie gar nicht. Die Frau soll nur als Mensch und Mutter in unseren Idealtönen hingezogen werden. Wer das an den Gedanken hat, ist kein Liberaler, wer nicht begreift, was es nützt, soll nicht politisch organisieren, nicht Organisations-Läden stellen.

Wann unsere Meinung. Wer dagegen etwas hat, daß die Frau in ihrer Eigenschaft als Mutter eines Kindes oder als Mutter heimatlicher Töchter die liberalen Wintervergünstigungen besucht, der ist einfach kein Liberaler. Das ist ein gefährlicher Reaktionsär, das ist ein Schwarz-Blauer, kurz, das ist der Feind, gegen den der nach den Rezepten des Freiburger Wunderdoktors begünstigte Liberalismus die Schärfe seiner Schwerter richten muß.

Die preussischen Hausagrarier, die zwar an Geld und Lungenkraft hinter ihren Vettern vom Lande zurückbleiben, es ihnen an reaktiverer Gesinnung aber gleich tun, haben am Sonntag und Montag ihren 15. Verbandstag in Berlin abgehalten, und wie immer hat der Geist schäbischer und rückständiger Interessenspolitik da seine Triumphe gefeiert. Wir heben nur die Debatten über Wahlrechtsfragen hervor:

Der Amtsrichter Dr. Diekmann-Charlottenburg, der nebenbei bei den letzten preussischen Landtagswahlen in dem zweimänner-Wahlkreis Zeltow-Neestow gemeinsam mit einem Freiländer kandidierte, bekämpfte energisch das gleiche Wahlrecht für die Gemeinden und nannte die, die es wie die Fortschrittliche Volkspartei verlangen (mit sie es in der Praxis?) eine große Gefahr für das Gemeinwesen.

Ein Herr aus Kobura empfiehlt den kleinen Städten die Verstaatlichung des Bürgerrechtswesens, da es sich als ein gutes Mittel gegen die Sozialdemokratie bewährt habe, wobei er sich allerdings laien lassen mußte, daß in München die Sozialdemokraten das Bürgergeld bezahlten haben, von den 5000 Haushältern aber nur 1000.

Der Vogel schloß natürlich wieder der Vorsitzende Justizrat Dr. Brümmer-Sandau ab. Das ist bekanntlich der Mann, der sich im Jahre 1905 zu dem damaligen Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes verfassungswidrigen Kritik gegen die Forderung eines eigenen verlässlichen Abortes für jede Wohnung mit der denkwürdigen Begründung wandte, daß gemeinsame Benutzung eines Abortes durch mehrere Familien erzieherisch auf die Kleinkinder hätte.

Diesmal tritt er für das Hausbesitzerprivileg in die Schranken. Die Bestimmung nach den in den östlichen Provinzen Preußens, in der Rheinprovinz, Schleswig-Holstein, Ostfalen, Frankfurt a. M. und Pommern-Neumark die Stadtverordneten mindestens zur Hälfte Hausbesitzer sein müssen, darf nicht angetastet werden, denn auch sie ist ein Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, und der Staat ist auf dem Holzwege, wenn er glaubt, sich auf die Sozialdemokratie stützen zu können.

Ein Stück, daß es die ländlichen und städtischen Agrarier gibt, die mit dem Rücken gegen den Milk, und die, die mit dem Rücken gegen Mehrfamilienaborte stehen. Die stimmen Tag und Nacht darauf, wie sie Bollwerke gegen die Sozialdemokratie schaffen und erhalten können. Wie notwendig sie sind, ergibt sich daraus, daß selbst ein Blatt vom Schläge der „Post“ vor einiger Zeit die legerliche Meinung ausgesprochen konnte, daß das Hausbesitzerprivileg eigentlich keinen Sinn mehr habe, gar nicht zu reden davon, daß in einer Petitionsverhandlung der Vertreter des preussischen Ministers des Innern Zweifel daran ausgesprochen hat, ob das Privileg im Hinblick auf die soziale Zusammenhang des Hausbesitzerstandes mit den Aufgaben der neueren Kommunalpolitik noch vereinbar ist.

Das preussische Abgeordnetenhaus hielt am Donnerstag eine lange Sitzung ab, in der die verschiedensten Gegenstände bunt durcheinandergerührt behandelt wurden. Immerhin stellte sich als gemeinsamer Gesichtspunkt Wahrheit und Unentschlossenheit bei den kleinsten Reformen des preussischen Staatsgebildes und absolutes Versagen des Dreiklassenparlamentes in allen Arbeiterfragen heraus. Den breitesten Raum in den Verhandlungen nahmen zwei Initiativanträge der Freisinnigen Volkspartei ein, deren erster die Rechte der Arbeiterausschüsse in laatlischen Betrieben ausdehnen, und deren zweiter die Mitglieder dieser Arbeiterausschüsse vor Maßnahmen sichern will. Sehr bezeichnend war die Festigkeit, mit der sich der Regierungsdirektor gegen beide Anträge wandte. Ein Zentrumsgeneralsekretär, Beyer, mußte alles bestätigen, was die Sozialdemokratie über die Verhandlung und Entlohnung der Eisenbahnarbeiter feststellt hat. Genosse Leinert unterrichtete dieses Augenmerk und schilderte eingehend die absolute Bedeutungslosigkeit der gegenwärtigen Arbeiterausschüsse bei den preussischen Eisenbahnen. Daß die Arbeiter vom preussischen Abgeordnetenhaus nichts zu erwarten haben, das haben die Verhandlungen über die beiden Anträge erwiesen, von denen der erste mit Hilfe der Zentrumskammern der Budgetkommission überwiesen wurde, also ventaliens

ein Begründungs erster Klasse gefunden hat, während der zweite glatt abgelehnt wurde. — Morgen beginnt die zweite Staatsberatung.

Die Zentrumskommision des Reichstages hat sich am Donnerstag konstituiert. Die bisherigen Vorsitzenden, Freiherr v. Seerling, Schädler, Dr. Zahn und Gröber wurden wiedergewählt. Neu wurden in den Vorstand gewählt die Abge. Kieserich und Gröberger.

Aus dem sächsischen Landtage. Bei der Fortsetzung der Debatte über die Reform der Volksschule versuchte unser Redner, Genosse Lange, die sächsischen Volksschullehrer unter dem Vorwand der Unzufriedenheit mit dem Ministerium unter dem Vorwand der Unzufriedenheit mit dem Ministerium nicht zustimmen zu lassen, wenn nicht die Klassen- und Schulreform würde. Dann sprach der freisinnige Vizepräsident Dr. Roth. Er stellte sich auf den Standpunkt der sogenannten Mittleren Partei. Der konservative Abgeordnete Schreiber begründete im Namen eines Teiles der Konservativen den Antrag, die Lehrerschüler auf den Staat zu übertragen. Der Kultusminister kündigte eine Einkommenssteuer an, wenn die Wünsche der Linken in Erfüllung gehen sollten. Genosse Mühsch behandelte die finanzielle Seite der Frage und ging des näheren auch ein auf die nationalen Verhältnisse, die die Regierung mit dem Entwurf verfolgt. — Der nationalliberale Fraktionschef Landgerichtsdirektor Depner wandte sich gegen die Konservativen wegen ihrer reaktionären und gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer radikalen Forderungen, trat aber doch für die Eubensschule ein und erklärte namens seiner Fraktion, daß sie für den Regierungsentwurf, wenn er nicht reformiert würde, nicht zu haben sei werde. — Zum Schluß wurde die Genosse Schulte die Argumente der Gegner und fasste noch einmal unsere Forderungen zusammen. — Trotzdem noch ca. 2 Redner auf der Liste standen, wurde die Debatte geschlossen. Es wurde eine besondere Kommission für die Revision der Schulfrage gewählt, die 13 Mitglieder umfaßt, darunter 3 Sozialdemokraten.

Preussische Post. In der „Post“ verlannt ein Hauptmann der Reserve, daß der sächsische 33. Bataillon Infanterie nicht erst am 1. Oktober, sondern bereits zum 1. April aufgestellt werden sollen. Der sächsische Vater hat es aus Gründen, die wir nicht kennen, also ganz beiderseitig, und in dieser Hinsicht übersteht er auch, daß die Militärverwaltung noch nicht einmal vom Bundesrat durchgesehen ist, daß sie denn erst an den Reichstag geht und daß auch dort die Veranlagung nicht über 5 Ante gebrochen werden kann. Der Etat kann diesmal bis zum verfassungsmäßigen Termin, den 31. März, nicht fertiggestellt werden, und ehe an eine Einleitung der Militärverträge herangetreten werden kann, muß erst der Etat verabschiedet werden. Wenn jedoch der „Post“-Hauptmann etwa Inhaber oder Vizeinhaber einer Fabrik sein sollte, die mit Militärleistungen betraut ist, dann muß er sich schon noch ein paar Monate gedulden, ehe er den erhöhten Profit empfinden kann. Andere Mängel für das Tragen sind nicht zu denken; denn daß die Sicherheit des Reichs von der Aufstellung der 33 Bataillone abhängt, das kann doch im Ernst kein vernünftiger Mensch behaupten.

Agrarier gegen Futtermittelzölle. Die „Meierzeitung“, verbreitet eine Meldung aus Nord-Dannover, nach welcher dortige agrarische Führer ein Gesuch an den Reichskanzler betreiben, in dem sie die Aufhebung des Zolls auf Futtergerste und Futtermais bis Ende August 1912, oder, falls finanzielle Schwierigkeiten dadurch entstehen würden, die Herabsetzung des Zolls von 30 auf 13 M. zu diesem Termin fordern. Trifft diese Meldung zu, dann würde sich daraus ergeben, daß jener Teil der Agrarier, der vorwiegend Viehzucht betreibt, namentlich die Wirtschaft bestimmter Vucherscholle am eigenen Leibe zu verspüren bekommt. Wenn das Gesuch der Agrarier in irgendeiner Form den Reichstag beschäftigen sollte, dann wäre es nicht uninteressant, zu hören, welche Gründe für oder wider die Agrarier ins Feld führen würden.

Die Furcht der Militärbehörde vor Sozialisten. In der mecklenburgischen Stadt Wismar hat der Reichstag während der Wahlkampagne zwei von der Sozialdemokratie einberufene Versammlungen im „Schützenhause“ statt. Jetzt hat der Vorsitzende der Reichsammision dem Schützenhauswirt eröffnet, daß er jener Versammlungen wegen die militärischen „Anhebungen“ nicht mehr im „Schützenhause“ abhalten werde. — Dafür leben wir aber auch in einem Rechtsstaat!

Ausland.

Wie in Russland Wahlen „gemacht“ werden.

Die Vorbereitungen für die in diesem Jahre bevorstehenden Dumawahlen werden von den Regierungsbehörden schon seit längerer Zeit mit besonderer Sorgfalt getroffen. Jeder Provinzialrat sucht in dieser Beziehung den anderen zu übertrumpfen und sich vor der Petersburger Zentralregierung als zuverlässiger „Wahlmacher“ in Empfehlung zu bringen, und über allen diesen Machenschaften schwebt fördernd und ansponierend der Geist des mit allen Tücken und Schlichen vertrauten Ministers des Innern, Makaroff. Eine besondere Energie entfaltet der Gouverneur von Nishni-Nowgorod, Chwostoff, ein Liebling der Petersburger Hofkreise, der sich besonders durch seine offene Pogrom agitation hervorgetan hat. Die russischen Zeitungen berichten schon seit längerer Zeit von den Machenschaften dieses Satrapen, der im Gegensatz zu seinen Kollegen aus seinen Klauen keinen Fehl macht und so die lauberen Wahlgeschäfte der Zentralregierung ungeschont ausplündert. Besonders groß sind nun die Mittelungen, die über seine letzten „Wahlvorbereitungen“ in die Presse gedrungen sind.

Schon im November v. J. verhandelte Herr Chwostoff an die Landhauptleute „seines“ Gouvernements ein geheimes Rundschreiben, das Vorschriften für die Wahlagitatorien enthielt. Aber bereits im Dezember verlangte er, daß ihm die Rundschreiben sofort zurückgeschickt wurden. Zugleich verfügte er, daß von jedem Kreis zwei Landhauptleute nach der Gouvernementsstadt kommen und seine Anweisungen persönlich entgegenzunehmen sollten. Dieser Veranlassung erteilte Herr Chwostoff folgende Anweisungen für die Wahlen:

1. Jeder Landhauptmann muß in seinem Bezirk ein Verzeichnis der „unzuverlässigen“, das heißt nicht regierungstreuen Wähler feststellen, es fortlaufend durch „geime Ueberwachung“ ergänzen und die Ergebnisse der Gouvernementskanzlei berichten. Jedes Mittel ist hierzu erlaubt, besonders empfiehlt es sich aber, eine möglichst große Zahl von „Mitarbeitern“, das heißt Spitzeln, heranzuziehen.
2. Während der Wahlen muß um jeden Preis der Sieg eines Kandidaten durchgesetzt werden, der den Anforderungen der Regierung in jeder Hinsicht entspricht. Erweist sich der Landhauptmann unfähig, dieses Ziel zu erreichen, so muß er sich einen anderen Wirkungskreis suchen.
3. In den Dörfern muß dem Gemeindeführer stets der Zutritt zum Wahllokal gewährt werden. Steigen die „unzuverlässigen“ Wahlmänner, so bleibt diese Tatsache unberücksichtigt. Dringen aber „unzuverlässige“ Wahlmänner durch, so muß der Eintritt des Gemeindeführers zu Protokoll genommen und als Vorwand zur Kasierung der Wahlen benutzt werden.

Russische Polizeischurken im Auslande. Der frühere Spezialkommissar der französischen Staatspolizei Baoli, dem 25 Jahre lang der Schutz der persönlichen Sicherheit aller nach Frankreich kommenden Souveräne oblag, hat jüngst in dem Buche „Leur Majestés“ seine Erinnerungen veröffentlicht, die quellenmäßig auf das Treiben der russischen Polizeischurken im Auslande werfen. Baoli schildert den Besuch, den Nikolaus II. im September 1901 in Frankreich abstattete und deckt die bisher unbekannteste Tatsache auf, daß die Leiter der russischen Geheim-

polizei in der Kathedrale zu Rheims ein Attentat gegen den Zaren organisierten. In der Spitze der russischen Polizei, die mit dem kaiserlichen Schutze des Zaren betraut war, standen die Ehrenmänner Ratschlowitz, der Zarenfreund Wiens und der Inhaber zahlreicher Orden — Darting-Landesen — die Volkspolizeichef aus Berlin — Mannikow-Massanowitsch u. a. Auf ihre Befehle gestatteten ihnen die französischen Staatspolizei, einen besonderen Ueberwachungsdienst in der Kathedrale zu Rheims zu organisieren, die der Zar besuchen sollte, sie traf aber in begreiflichem Mitleiden zu ihren russischen Kollegen Maßregeln, um die russischen Spitzeln zu überwachen. Es vergingen in der Tat kaum 24 Stunden, als dem Chef der französischen Sicherheitspolizei berichtet wurde, der Geheime Ratschlowitz, ein Spitzel, von belgischer Herkunft, täte Vorbereitungen, um in der Kathedrale ein Bombenattentat gegen den Zaren zu inszenieren. Die sofort ergriffene Verhaftung dieses Spitzels bestätigte den Verdacht, daß die russischen Polizeischurken, um ihre „Nützlichkeit“ nachzuweisen, ein Schreckattentat gegen den Zaren in Szene setzen wollten.

Im Anschluß daran sei erwähnt, daß Darting während des Zarenbesuches in Swinemünde, wo er an der Spitze der russischen Geheimpolizei stand, von der preussischen Polizei mit demselben Mistrauen begegnet wurde. Man traut sich den russischen Polizeibeamten die ärgsten Verbrechen an, man duldet sie aber in Frankreich wie in Deutschland und fördert noch in jeder möglichen Weise das infame Völkerverderben, daß diese Mordgesellen gegen die russischen Büchlinge betreiben.

Das Motuproprio in Holland. Der Justizminister antwortete in der ersten Kammer dem liberalen Senator Vanderfeld auf seine gestrige Anfrage über das Motuproprio und erklärte kategorisch, das Motuproprio habe keine Bedeutung für Holland, weil hier das Privilegium für die katholischen Priester nicht bestehe. Als Unterfützung seiner Auffassung führte der Minister die Erklärung des Papststuhls an, daß das Motuproprio in Deutschland und Belgien keine Anwendung finde, weil auch in diesen Ländern kein Privilegium für die katholischen Priester bestehe. Senator Keeler schloß sich der Rede des Ministers an. Vanderfeld erklärte, er sei voll kommen durch die Mitteilungen zufriedenge stellt.

Ein neuer Präsident der dominikanischen Republik. Das Generalkonulat der dominikanischen Republik in Hamburg teilt mit: Laut Telegramm des Staatssekretärs des Auswärtigen der dominikanischen Republik vom 6. Februar wurde für den ermordeten Präsidenten, General Ramon Caceres, Flabio Victoria, zum konstituieren Präsidenten der Republik erwählt.

Mehrhundert Anlagen gegen japanische Monarchie. Dem parlamentarischen Ausschuss, der sich mit der Frage der parlamentarischen Immunität beschäftigt, sind 400 Anträge auf Zulassung der gerichtlichen Verfolgung gegen eine Anzahl Abgeordnete zugegangen. Es handelt sich dabei unter anderem um 88 Klagen wegen Majestätsbeleidigung, drei wegen Landesverrats, zwei wegen Verstümmelung öffentlicher Urkunden, 17 wegen Anstiftung zum Aufruhr und zur Meuterei und 20 wegen Verächtlichmachung der katholischen Religion. Die Mehrzahl dieser Anträge wird vom Parlament abgewiesen werden. Die Republikaner haben sich anlässlich der Veranlagung der Veranlagung des Gesetzentwurfes betr. die Abänderung der parlamentarischen Geschäftsordnung Obstruktion betreiben werden.

Militarismus und Finanzwirtschaft in Japan. Das japanische Parlament, das Ende Januar seine Arbeiten aufgenommen hat, steht vor der schweren Aufgabe, die durch den mehr als fünfzigfachen Militärismus und das Ueberwuchern der Bureaucratie zerrüttete Finanzwirtschaft des Landes einzigermaßen in Ordnung zu bringen. Als im Sommer das konservative Ministerium Kasuara durch ein liberales ersetzt wurde, stand das Land vor dem Staatsbankrott. In wenigen Jahren war der Heresetat von rund 20 auf 600 Millionen Yen (zu 2,09 Mk.) gestiegen. Zugleich war die Schär der Beamten von 93.000 im Jahre 1905 auf 175.000 im Jahre 1909, ihre Bezahlung von 27 auf 64 Millionen Yen gestiegen, ohne daß sich die Geschäfte erheblich vermehrt hätten.

Der liberale Ministerpräsident Satonji hatte als seine Hauptaufgabe die Bekämpfung der Finanzen bezeichnet. Ein Amt für Verwaltungs- und Finanzreformen wurde geschaffen, das eine Reihe Vorlagen ausarbeitete, damit aber natürlich den heftigen Widerstand aller Interessenten erweckte. Auch im Ministerium selbst legen sich der Kriegsminister Hamoto und der Marineminister Satou heftig zur Wehr. Weit ernster, die geforderten Ersparnisse anzunehmen, erklärten sie, jeder 50 Millionen Yen mehr zu brauchen. Sonst könnten sie die Sicherheit des Landes nicht garantieren, worauf der Finanzminister Jamamoto erklärte, im Falle der Annahme ihrer Forderung könne er ihnen den Ruin des Landes garantieren.

Zu diesen Streitfragen wird die Kammer Stellung zu nehmen haben. Man erwartet, daß sie sich auf die Seite der Reformfreunde, die über eine starke Mehrheit verfügen, stellen werde. Man zählt: 206 Liberale gegen nur 87 Konservativen, daneben 82 Mittelpartei und Unabhängige. Der „People“, dem wir diese Darstellung entnehmen, meinte danach, auf einen Erfolg des Regierungschefs und eine Milderung der derzeitigen Finanzkrise Japans hoffen zu dürfen.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die drucktechnische Verantwortung.

Kinloch'sches Witz
immus opus, nonn mon
Kocherinnus Wohlgeffins.
zufuyl.
Law Ojfold moult's!

Am 7. Februar verstarb nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere herzlichste Mutter
Frau Anna Rother geb. Piche
 im besten Alter von 32 Jahren.
 Dies zeigt schmerzhaft an Der trauernde Gatte
Hubert Rother, Tischler, nebst Kindern.
 Beerdigung: Sonntag, den 11. Februar, nachm. 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunal-Friedhofes in Gräbschen.
 Trauerhaus: Herdainstrasse 35.

Am 7. Februar verschied nach schweren Leiden die Frau unseres Kollegen
Frau Anna Rother geb. Piche
 im besten Alter von 32 Jahren.
 Leicht sei ihr die Erde!
 Das Personal der Möbelfabrik Hermann Leipziger, Lohestr. 80.
 Beerdigung: Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunal-Friedhofes in Gräbschen.

Am 7. d. Mts. verstarb die Frau unseres Freundes und Verbandskollegen
Anna Rother geb. Piche
 im Alter von 32 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
 Beerdigung: Sonntag, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Gräbschen.

Am 7. Februar verstarb unser Freund und Kollege, der Formier
Johann Schian
 im Alter von 55 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Das Personal der Maschinenfabrik Carlowitz.
 Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, vom Kloster der Barnabiten Brüder nach Gräbschen.

Am 6. ds. Mts. verschied nach längeren Leiden plötzlich und unerwartet unser lieber Bruder, Schwager und Onkel
Fritz Schede
 im 52. Lebensjahre.
 Schmerzhaft zeigen dies hiermit an
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle am Ostwitzer Wege.

Am 7. d. M. verschied nach langen Jahren unsere liebe Mutter, Schwieger-, Gross- und Urgrossmutter
Pauline Selbt geb. Gansert
 im 81. Lebensjahre.
 Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Gräbschen statt.

Stadt-Theater.
 „Der Kocantabaler“
 „Sihello“
 „Das Mädchen des Gräbchen“
 „Carmen“

Lobe-Theater.
 „Die fünf Franzosen“
 „Die fünf Franzosen“
 „Die fünf Franzosen“

Thalia-Theater
 „Der Fall Clemenceau“
 „Die Schule der Welt“
 „Die fünf Franzosen“

Schauspielhaus
 „Die moderne Eva“
 „Mit Bica“
 „Die frische Barbara“
 „Mit Bica“

Liebich's Etablissement
 Rob. Steidl — Lene Land
 Herm. Klink — Nebe-Quartett
 plastische Schichtenbilder von Prof. Henry de Vry etc. etc.
 Anfang 7 1/2 Uhr. 1533

Viktoria-Theater
Neues Programm
 Clermont. Claudius.
 Klemchen. Förster.

Zeltgarten
 Die brillanten
Spezialitäten
 11
 Glanznummern.
 Entree 20 Pf.

Palmengarten.
 Gute Freitag:
Bockfest
 à la München.
 Entree frei.

Dem geehrten Publikum
 O. Wiegler, Fleischermeister
 Gräbchenstr. 135. Ecke Kopfschütz.
 Telefon 11809.

Partei-Sekretär.
 Zur Führung der Parteigeschäfte des Wahlkreises **Breslau-Land-Neumarkt** wird ein Genosse gesucht, der praktische Erfahrung in der Agitation auf dem Lande besitzt.
 Bewerber muß politisch und gewerkschaftlich organisiert sein und mindestens eine 5 jährige Mitgliedschaft nachweisen. Der Eintritt soll zum **1. April 1912** erfolgen.
 Schriftliche Meldungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüchen sind bis **22. Februar 1912** an den Unterzeichneten zu richten.
G. Scholich, Neue Grauenstraße 5.

Konsumverein Einigkeit für Strahlen u. Umgegend
 e. G. m. b. H.
 Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr
 in Strahlen im Saale des Herrn Knoll in Neutrescham:
Ordentliche Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über das Vorjahr.
 2. Bericht über die Liquidation.
 3. Die Gründung eines neuen Vereins für die Umgegend von Strahlen.
 4. Anträge.
 5. Die Wahl von 2 Vorständen.
 6. Beschlüsse.
 Der Vorsitzende
J. H. Johann Baria, Vorsitzender.

**Feinen Goldhirse
 Geschälte Erbsen
 Speck und Rauchfleisch
 Ungeschälte Erbsen
 Sauerkohl**
 empfiehlt
Konsum- und Spar-Verein Vorwärts
 für Breslau und Umgegend e. G. m. b. H.

Herren- und Knabengarderoben
Julius Wittkowski
 Adalbertstraße 16.
 Große Auswahl in Herren- und Knabengarderoben. Man in schwarz, dunkel u. hell. Jede Kaufsumme erhält ein Geschenk. Besichtigung nach Maß.

Anzüge — Hüter
 Hebergießer, einzelne Seiten, Spottpreis. Schmiedebücke 28 1. 737

1912
Arbeiter-Notiz-Kalender
 Reichhaltiger Inhalt. U. a.:
 Alle für Arbeiter wichtigen Adressen
 Porträts der im letzten Jahre gestorbenen Genossen Hermann Borgmann :: Emma Ihrer :: Gabriel Loewenstein und Paul Singer
 Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungs-Ordnung
 Winke für die Reichstagswahlen
 Die Gewerkschaften im Jahre 1910
 Kalendarium sowie Geschichts-Kalender :: Portotaxe, Notizbuch
Prels gebunden: 50 Pfennig
 Zu beziehen durch
Verhandlung Volkswacht.
Ednard Bernstein:
 Die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens.
 Preis 20 Pf.
 Buchhandlung Volkswacht.

Inventur-Verkauf
 Heute Sonnabend:
Letzter Tag
 Ein Posten
Blusen und Kostümröcke
 spottbillig.
 Kassa-Rabatt 10%.
Leinenhaus J. Mamlok
 Kupferschmiedestrasse 42.

Wir empfehlen:
„Der politische Massenstreik“
 von
Eduard Bernstein
 Konfisziert gewesen.
 Preis 20 Pf.
 Buchhandlung „Volkswacht“.

Die Gleichheit
 (Frauenzeitung.)
 Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Achtung! Die Firma H. Schönfeld hat zu ähnlich lautenden Firmen keine Beziehungen. Man achte daher gefl. auf Nr. **17/18**

Meine Preise erregen Sensation!
 Einige Beispiele:
 Ein Posten Herrenhüte steif und weich 195
 gut Filz, streng mod. m. Atlasfutter
 Ein Posten Zylinder u. Klapphüte 250
 hochmoderne Fassons
 Ein Posten Engl. Bund-Hützen 95
 entzückende Muster, engl. Stoffe
 Ein Posten Konfirmandenhüte 150
 gute Qualität, mit Atlasfutter
Fortwährender Eingang von Neuheiten! Riesenhafte Auswahl!
Hut-Fabrik-Niederlage H. Schönfeld, Schmiedebücke 17-18
 Ecke Kupferschmiedestrasse — Filiale: Adalbertstrasse 6

1912
Arbeiter-Notiz-Kalender
 Reichhaltiger Inhalt. U. a.:
 Alle für Arbeiter wichtigen Adressen
 Porträts der im letzten Jahre gestorbenen Genossen Hermann Borgmann :: Emma Ihrer :: Gabriel Loewenstein und Paul Singer
 Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichsversicherungs-Ordnung
 Winke für die Reichstagswahlen
 Die Gewerkschaften im Jahre 1910
 Kalendarium sowie Geschichts-Kalender :: Portotaxe, Notizbuch
Prels gebunden: 50 Pfennig
 Zu beziehen durch
Verhandlung Volkswacht.

Palmona
 muß deshalb als Pflanzen-Butter-Margarine bezeichnet werden, weil man sie sonst von Butter nicht unterscheiden könnte. Nehmen Sie die Verpackung weg und Sie haben die feinste Süßrahmbutter! Lassen Sie sich keine Nachahmungen aufdrängen!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Februar.

Geschichtskalender.

10. Februar.

- 1708 Der Geschichtschreiber Georg Weber in Verlagsberm.
- 1841 Der Maler Eugen Linder zu Prensburg i. P. in Wien.
- 1901 Der Hygieniker Max v. Pettenkofer in München 4.

Zur Nachahmung!

Das „Vochumer Volksblatt“ teilt mit, daß es im Wahlkampf während der Hauptwahl ebenfalls 2500 neue Abonnenten gewonnen hat, während der Stichwahl 100, aber seit Schluß des Wahlkampfes 1008. Auf Grund dieses Fortschrittes haben die Genossen im Vochumer Bezirk, die bekanntlich einen überaus schweren Wahlkampf hatten, sofort eine allgemeine Agitation für die Preise und Organisation beschlossen.

Die Bremer Genossen haben an einem Sonntag rund 1000 Abonnenten und 200 neue Parteimitglieder geworben. Die Arbeit wird Woche für Woche am Sonntage planmäßig fortgesetzt werden.

Die Erfurter Parteigenossen haben die Auflage der „Drohne“ lediglich in dem einen Wahlkreis seit Jahresbeginn um 1000 gesteigert. Nach Schluß des vorigen Reichstagswahlkampfes betrug die Auflage 9200, jetzt nach Abtrennung zweier Wahlkreise 17.600.

In Stuttgart hat die Parteioorganisation in den letzten beiden Wochen 607 neue Mitglieder gewonnen. Das Parteibüro hat dementsprechend noch stärker gewonnen. Auch die Stuttgarter Genossen wollen im Monat Februar jeden Sonntag die Verarbeitung von Haus zu Haus planmäßig fortsetzen.

In den drei ersten sächsischen Wahlkreisen (Saxsig) fand am vergangenen Sonntag eine allgemeine Hausagitation und Flugblattverbreitung statt. — Die Breslauer und schlesischen Genossen werden alles daran setzen, um durch ihre Agitation am kommenden Sonntag den besten der obigen Städte gleichzukommen.

Parteilosen des Landkreises.

Das Material für die allgemeine Agitation am Sonntag wird Sonnabend abend 8 Uhr in folgenden Lokalen ausgegeben:

Landkreis	2	in Trochenrum, Vereinslokal,
„	3	„ Friedenthal bei Glatz,
„	4	„ „ „ „ „ „ „
„	5	„ „ „ „ „ „ „
„	6	„ „ „ „ „ „ „
„	7	„ „ „ „ „ „ „
„	8	„ „ „ „ „ „ „
„	9	„ „ „ „ „ „ „
„	10	„ „ „ „ „ „ „
„	11	„ „ „ „ „ „ „
„	12	„ „ „ „ „ „ „
„	13	„ „ „ „ „ „ „
„	14	„ „ „ „ „ „ „
„	15	„ „ „ „ „ „ „
„	16	„ „ „ „ „ „ „
„	17	„ „ „ „ „ „ „
„	18	„ „ „ „ „ „ „
„	19	„ „ „ „ „ „ „
„	20	„ „ „ „ „ „ „
„	21	„ „ „ „ „ „ „
„	22	„ „ „ „ „ „ „
„	23	„ „ „ „ „ „ „

Die Genossen aus Pöpelwitz, Gräbichen und Herdains Dörfern treffen sich Freitag abend um 8 Uhr in den für die Breslauer Flugblattverbreitung bekannt gegebenen Lokalen.

Die Kleinburger Genossen holen sich ihr Material am Sonntag abend in der Wohnung des Genossen Schulz, Zandhorstraße 8.

Stadt-Theater.

„Der Fischhüh“ von G. M. von Weber.

Am Donnerstag sang vor mächtig besetztem Hause Frau Blum aus Regensburg das Nennchen. Die junge Dame hat eine ungewöhnliche Erscheinung, deren Singsmittel anscheinend auch in Berlin begehrt sind. Das Organ hat in der Höhe etwas Wellendes, die Tiefe ist ohne großes Volumen und nur die Mittellage ist brauchbar. Die Koloraturtechnik ist noch recht mangelhaft entwickelt, die Sicherheit eine gelungene, der Dialog viel ebenfalls zufriedenstellend. Wenn der Gast in den ersten Akten wenig gehört wurde, so lag das an dem zu laut klingenden Orchester, welches die Partitur zum Schreien nötigte. Im Finale des letzten Aktes gänzte es den Solisten nicht die richtige Freiheit. Anstelle des an den Aufstapeln angelegten Gesangs sang Frau Blum die „Kemp“ die Agathe. Auch am Freitag sang Frau Blum die „Kemp“ in der „Nacht“ ein Gast. Frau Blum wird vielleicht in einigen Jahren erst so weit sein um hier für eine Saison zu kandidieren. G. M.

Aus aller Welt.

Ward rötig? Als Folge einer vor einigen Tagen auf dem Döberitzer Schießplatz abgehaltenen Scharfschießübung sind beim Kaiser-Franz-Garde-Grenadier-Regiment zahlreiche Erkrankungen eingetreten. Etwa 50 Personen mußten sich an jenem außerordentlich kalten Tage, an dem eine Temperatur von 20 Grad unter Null nach Celsius und teilweise sogar noch darunter registriert wurde, bereits auf dem Döberitzer Schießplatz während der Scharfschießübung oder unmittelbar nach der Rückkehr in die Kaserne wegen erkroterer Bliesmagen krank melden. Bei 23 von den Erkrankten war der Zustand ein derartiger, daß sie in das Lazarett geschafft werden mußten, bei zweien von den Erkrankten soll voraussichtlich eine Amputation von mehreren Fingern der rechten Hand kaum zu umgehen sein.

Die Verkehrsstörungen in der Ostsee. Die schwierigen Eiszustände der letzten Tage haben weitere große Verkehrsstörungen in den baltischen Gewässern mit sich geführt. Sämtliche dänische Verbindungen mit Deutschland sind unterbrochen. Im großen Weltmeer ist die Dampfschiffahrt „Christiane“ auf ein Wrack und erlitt so schwere Beschädigungen an Bug und Steuer, daß sie nach Kopenhagen ins Dock gebracht werden mußte. Ferner strandete im großen Welt-

Parteilosen, nützt die Stunde; jeder neue Kämpfer, jeder neue „Volkswacht“-Leser bringt uns weiter vorwärts. An die Arbeit!

Stabsberatungen im Stadthaus.

Der Tag, an dem der Kämmerer den Vertretern der Bürgerchaft den Rechenschaftsbericht über das ablaufende Verwaltungsjahr erstattet, und der Staatsreferent seine kritische Sonde an die Tätigkeit der Vergangenheit und die Projekte der Zukunft setzt, gilt von altersher als ein „großer“. Selten nur lauschen die Stadtverordneten mit solcher Ruhe und Ausdauer den ihnen gebotenen oratorischen Genüssen, und was die Rezensenten der gestrigen Reden anlangt, so kann sich die Beratung ihren Vorgängern ebenbürtig anreihen. Klar und übersichtlich gruppierte der Kämmerer seine Zahlen und fügte ihnen reichlich Erläuterungen und Zwischenbemerkungen ein, die hier die Unvermeidlichkeit einer neuen Ausgabe begründen, dort dem Schmerz über eine aufgezogene Mehrleistung Ausdruck gaben. Den aus dem Etatbande bekannten Einzelheiten fügte er als besondere Mitteilung hinzu, daß neue erhebliche Aufwendungen im kommenden Jahre unvermeidlich erscheinen für die Grundwasserförderung, die sich in außerordentlich defizitärem Zustande befindet, für einen Neubau der Kanalisation und die Hochwasserförderung, wozu der Staatsreferent dann unter lebhaften Unwilligkeitsausdrücken der Versammlung noch die zweite Ausstellungshalle für die Jahrtausendfeier des Jahres 1913 hinzufügte. Mit großer Vorsicht umging der Kämmerer die Wünsche und Anregungen über die Verbilligung des Gas- und Elektrizitätspreises, und fügte dem Bilde statt dessen einen Rückblick auf die Entwicklung der Stadt und ihre Aufgaben in den letzten zehn Jahren an. In einer Zeit, in der sich die Einwohnerzahl der Stadt von 119.000 auf 526.000 vermehrte, und der Umfang ihres Gebietes sich im Verhältnis von 3 zu 1 vermehrte, ist der Etat von 21 Millionen auf 37 Millionen, fast auf das Doppelte emporgeschritten, weil die veränderten Lebenskosten zum Beispiel den Zuschuß für die Armenangelegenheiten von 92 Mark auf 115 Mark, den Verpflegungssatz der Krankenhäuser von 2,35 auf 3,53 Mk. vermehrte, den Kopfschuss für den Volksschüler von 65 auf 94 Mark steigerte und die Provinzial- und Polizeikosten von 1 Million auf 1.870.000 Mark in die Höhe trieb. Dabei tragen wir für einen Provinziallandtagsabgeordneten 89.000 Mark Kosten, die landständischen Kreise 18.000 Mark.

Der Kämmerer schließt mit einem Hinweis darauf, daß diese Steigerungen uns nicht abhalten können, alle jene Institute weiter zu fördern, die Fürsorge und Bildungsmöglichkeiten vermehren und das Leben in unserer Stadt behaglicher gestalten, was letzten Endes ihrer Finanzkraft wieder zugute kommt. An den heifällig aufgenommenen Bericht knüpft der Vorsteher die Dankagung der Versammlung an den Magistrat und die ganze städtische Beamenschaft für die pfeilschnelle Erfüllung ihrer Aufgaben und gab sodann unmittelbar dem Staatsreferenten aus der Versammlung, Stadtverordneten Dr. Sande, das Wort. Seine hervorragende, von einem imposanten Gedächtnis gestützte Begabung, große finanzielle Verwaltungskompetenz in flüssiger Rede und übersichtlicher Klarheit jedem Hörer sichtlich vor Augen zu führen, konnte nicht darüber hinweghelfen, daß die Breslauer Staatskritik mit ihm an einen anderen, jagen wir „Kulturkreis“, übergegangen ist. Aus den Händen des Herrn Dettinger, der unwillkürlich etwas von den Standespflichten des Patrizierturns als Ehrengelob auf die Verpflichtungen der Stadt

übertrug, über die kurze Periode hinweg, in der man einen Mann der Wissenschaft mit der Kritik des städtischen Haushalts betraute, ist dieses Amt nun an den sein gruppierten, sorgsam achtenden, aber kühl rechnenden Geschäftsmann übergegangen, der den fiskalischen Gesichtspunkt, trotz gegenteiliger Komplimente, als den allein maßgebenden anerkennt, und ihn höchstens dort als im Gegensatz zu den Ansprüchen des Publikums heftig erkennt, wo Wertzuwachssteuerordnungen und ähnliche spanische Stiefeln die Ausnutzungsfreiheit des Grundbesitzes beschränken. Es bleibt allemal bei dem springenden Punkte: „Steigen die Papiere?“ In wenigen Sätzen entkleidete Herr Sande den Etat des überflüssigen kameralistischen Gepäcks, zog die Hauptposten der verbleibenden 27 Millionen Mark übersichtlich auseinander und stellte den voraussichtlichen Steuerbedarf fest, je nachdem man den finanzpolitischen Operationen des Magistrats zustimmt oder nicht. Einen grausamen Scherz leistete sich der smarte Makler, als er dem Magistrat den 500.000 Markfonds für wiederkehrende Bauten aus den Zähnen zog, ihn aber nicht den jubelnden 160 Prozent-Männern zuwarf, sondern ohne diese Umstände der zweiten Ausstellungsstelle opferte. Vernehmliches Anrufen auf allen Banken des Hauses verriet die allgemeine Enttäuschung. Vor den einzelnen Etats wählte er nur die wichtigsten zur Besprechung aus und verteilte besonders bei den Betriebswerken, die er als wichtige Einnahmequelle für die Stadt vor allem starken Schwankungen durch Tarifrevisionen schätzen will. Stadtverordneter Sande schließt seine mit starkem Beifall aufgenommenen Betrachtungen mit der Hoffnung, daß die Kommunalsteuern noch ein paar Prozent Abschnitte verlieren werden. Entgegen einem Verfassungsantrag kam nach ihm noch Herr Jero zum Wort, der aufscheindend als Staatsredner der Rechten gedacht war, obwohl die Bänke der Rechten sich unheimlich lichteten und die Rede unter dem Geräusch der Zurückbleibenden völlig unverständlich. Dies veranlaßte die Versammlung, einem zweiten Verfassungsantrag ihre Zustimmung zu geben. Auf der Medertische verbleibt unter anderen Genossen v. b. e. Außer dem Etat ersuchte keine der gestrigen Vorlagen eine längere Debatte.

Der Verwaltungsbericht.

Ueber die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten führte Kämmerer Matthes u. a. folgendes aus: Das Jahr 1910 war reich an Überraschungen. Geld war nicht im Ueberflusse am Marke, aber doch genug. Die Lebensmittelpreise sind weiter gestiegen. Die Bautätigkeit in der städtischen Verwaltung war ziemlich reger, die verschiedenen größeren Bauten sind wesentlich gefördert worden. In Folge der Steuergläubiger hatten Schulden von 36 Millionen Mark. Das Ergebnis der laufenden Verwaltung wird zum Teil durch die Dinge beeinflusst, die wir nicht in der Hand haben. Die Mehreinnahme an Schulgeld wird aufgehoben durch höhere Ausgaben. Bei den Fortbildungsschulen treten einige Ersparnisse an den Gehältern ein. Möglichst vom 1. April 1913 soll der obligatorische Fortbildungsschulunterricht für die kaufmännisch tätigen Mädchen dadurch ermöglicht werden. Es werden einige Mehrausgaben dadurch nötig, daß höhere Beträge für Bibliotheken und Bibliotheken eingestellt sind. Zum ersten Male finden sie einen größeren Betrag für die Jugendpflege. Bei der Bauverwaltung dagegen sind die Ersparnisse ein. Bei der Marktverwaltung dagegen sind die Friedhöfe haben wir höhere Ausgaben, eben so beim gemeinlichen Untersuchungsamt, das auszubauen ist.

Bei der Schuldenverwaltung treten Ersparnisse von 130.000 Mark ein, weil die Darlehen geringer sind. Von der Steigerung der Lebensmittel sind besonders hart betroffen die Armenpflege und die allgemeine Verwaltung. Mit der Reichspolitik hat aber, so wurde gesagt, die Preis-

Bombenexplosion. In dem Hause eines Bulgaren in Ristritza fand eine Bombenexplosion statt, bei der vier Personen getötet und sieben verletzt wurden.

Epidemie an Bord eines Dampfers. Eine große Erkrankung bemächtigte sich des Publikums bei Antritt des Konakshiffes „Elisabeth“ in Antwerpen, da dem Schiffe angeblich wegen einer an Bord herrschenden Epidemie die Einfahrt in die Häfen Teneriffa und Billingen verweigert worden ist. Infolge brennender Hitze und darauffolgender Regengüssen in den tropischen Gebieten war Fieber an Bord ausgebrochen, wobei während der Fahrt zeitweise 40 Erkrankte an Bord waren. Vier Personen sind gestorben, und mehrere andere kamen in krankem Zustande in Antwerpen an.

Katholische Jugendbildung. Der „Baldischen Lehrerzeitung“, dem Organ des katholischen Lehrerverbandes, lag jüngst ein Prospekt „Spontilliger Humorsitta“ bei, worin neben anderem Unfug diese Couplets angepriesen wurden:

- Marie, der süße Engel.
- Robert will jetzt auf die Heirat geh'n.
- Biepmanz's Ehe.
- Naturforscher Dickhädel.
- Gliedlich im Rausch.
- Sie lassen alle gerne.
- Gebrüder Springebeln woll'n ein Mädel fre'n.
- Levy Ragensteins Abschied.
- Die Jungfrau von Pappelhausen.
- Konfusionsrat Konfusius.
- Die beiden Glück.
- Der Maurerstreik. (1)
- Lehrungen-Konferenz.
- Rekrutenheimweh.
- Job, der schöne Bärstentinder.
- Die Kindsmagd beim Herrn Feldweibel usw.

Was für eine heuchlerische Entrüstung würde bei den Frommen losbrechen, wenn ein Arbeiterbildungsausflug solchen Biss in sein Programm aufnehmen würde! Das gibt es aber erfreulicherweise bei den Veranstaltungen unterer Bildungsausflüge nicht. Bei gewissen katholischen Lehrern scheint aber dieser Schund sehr beliebt zu sein, denn der Verlag kann sich ange Reichen beehrter Anerkennung schreiben von Lehrern abdrucken. Es ist wahrhaftig ein starkes Stück, dem Volke zu zumuten, daß man Reuten die Kinder zur Erziehung anvertrauen solle, die an solch öben Couplets Gefallen finden.

bei Koriär die zweite große dänische Dampfschiffahrt „Odin“. Das Schiff geriet weit auf Grund, so daß das Vorderstück sich mehrere Meter in die Höhe hob. Bei den schwierigen Eiszuständen besteht vorläufig keine Aussicht, es frei zu bekommen. Der von Aarhus abgegangene Postdampfer „Siona“ ist bei der Insel Ithuno gestrandet. Es gelang unter großen Bemühungen einem vorbeifahrenden Dampfer, die 18 Passagiere, Besatzung und Post zu retten.

Kessel-Explosion. In der Fabrik Geyer in Lody ereignete sich eine Kesselexplosion. Die großen Fabrikräume wurden vollständig zerstört. Vier Arbeiter wurden tödlich, vier andere weniger schwer verletzt. Der ungeheure Knall und das Getöse, das die Explosion begleitete, waren mehrere Kilometer weit hörbar. Der angerichtete Materialschaden ist sehr groß.

Abgesperrt! In Madoc in Kalifornien wurden durch einwirkendes Gestein und Gewölbe 65 Bergleute von der Außenwelt abgesperren. Ehe es sich die Abgesperren vernehmen, war ihnen jeder Ausweg in die Außenwelt, waren alle Ausgänge aus der Kohlenmine, in der sie sich befanden, versperret. Die begonnenen Rettungsversuche sind wegen der nachströmenden Gesteinsmassen außerordentlich gefährlich und müssen mit größter Vorsicht betrieben werden. Sie schreiten deshalb auch nur sehr langsam vorwärts. Trotzdem wird Tag und Nacht mit Heldenmut an der Befreiung der eingeschlossenen gearbeitet. Die Stimmen der Eingeschlossenen, die fortwährend nach Hilfe rufen, sind deutlich wahrnehmbar. Bis jetzt scheint keiner der Eingeschlossenen einen Schaden erlitten zu haben, bis jetzt scheinen noch alle wohlhaft zu sein. Der Schacht, in dem sie sich befinden, ist ungefähr 20 Fuß tief. Nächst die Ausräumung dieses Tunnels gelangt, ist Rettung aller möglich. Da bisher die nachströmenden Massen nur gering waren, ist Hoffnung vorhanden, daß man in ungefähr 2 bis 3 Tagen an die Verschütteten herankommt und diese, da die mitgenommenen Lebensmittel ungefähr so lange ausreichen würden, lebend und unverletzt gerettet werden können.

Verabreichung eines Expreßes in Amerika. Ein ebenso fähiger wie frecher Raubüberfall auf einen Expreßzug wird aus Memphis gemeldet. Auf der Eisenbahnlinie von Rod Island, die der Expreß passieren mußte, brachten maskierte Individuen den Zug zum Stehen. Sie koppelten den Postwagen ab und sprengten in demselben die Geldschränke. Mehr als 60.000 Dollar sind den Verbrechern in die Hände gefallen, die den Diebstahl vornahmen, ohne die Reisenden zu belästigen.

Heute abend Flugblatt-Verbreitung

Sonntag Volkswacht-Agitation;

beides von den Bezirkslokalen aus, die in der gestrigen Nummer bekannt gegeben wurden.

Ueber 12.000 Mark

Und bis Donnerstag abend in den zweiten Baufonds für's Gewerkschaftshaus gezeichnet. Heute Freitag beschlossen die freigestellten Zivilmusiker, die auf sie entfallende Räte — pro Kopf 8 Mark — zu zeichnen und 100 Mark fort, den Rest in zwei Raten abzuführen. Das ist die zweite der kleinen Gewerkschaften, die in so prompter Weise ihrer Ehrenpflicht nachkommt. Die erste waren die Steinleger — die übrigen werden folgen.

Die Bibliothek des sozialdemokratischen Vereins Breslau ist in den letzten Wochen und Monaten so stark benutzt worden, daß die bisherige Ausleiherzahl nicht mehr genügt; die Bibliothek ist deshalb an den Ausgabebänden (Montag) und Donnerstag) von jetzt an statt bis um 9 Uhr 12 1/2 Uhr abends geöffnet.

Der Metallarbeiter-Verband. Die Generalversammlung am Mittwoch im Gewerkschaftshaus war leider nur schwach besetzt. Aus diesem Grunde wurde der erste Punkt der Tagesordnung: Berichterstattung über die Tätigkeit der Verwaltung im Jahre 1911, bei Kollege Philipow nebenher abgelesen. Der zweite Punkt war die Abrechnung über d. S. S. Quartal 1911. Der Kassierer Schneider wird hierüber in 2-3 Mitteilungen, worin hervorgeht, daß sich die Zahl der Mitglieder um 25 bis 30 vermehrt hat. Die Einnahmen der Verwaltung betragen 6745 Mk. Nach allen Ausgaben und Abschreibungen von 24.500 Mk. an die Hauptkasse bleibt ein Bestand von 2856 Mk. An Unterstützung bei Krankheit wurden bezahlt 10.779 Mark, bei Arbeitslosigkeit 533 Mk., zum Ende über 16.960 Mk. Für Unterstüttung waren veranlagt 1170 Mk., in Wirklichkeit 280 Mk., der Betrag 396 Mk. auszugeben. Die Kasse hat im Berichtsjahre gegen das vorige Quartal um etwa 500 Mk. zugenommen. Die Gesamtsumme betrug 2856 Mk. Nach allen Ausgaben bleibt ein Bestand von 2856 Mk. Dazu kommt das Guthabenkonto mit 11.000 Mk. Das Vermögen der Verwaltung ist somit sich lohnt auf 110.747 Mk. Dem Kassierer und der Verwaltung wurde Entlohnung erteilt.

Genosse Ralch verbreitete sich dann in großen Zügen über die Verwaltung des Gewerkschaftshaus und den geplanten Neubau. Er forderte die Anwesenden auf, weitere Opfer zu bringen, damit mit dem Plan begonnen werden könne. Kollege Philipow schloß sich mit herzlichen Worten diesem Aufruf an. Nach einer recht ruhigen Besprechung, aus der hervorging, daß die Mitarbeiter dem Plan sehr zugeneigt gegenüberstehen, wurde einstimmig eine Entscheidung angenommen, die wir an einer anderen Stelle veröffentlichen.

Der Bezirksverband der Steinhauer (Breslau Militäre) hielt Dienstag, den 6. Februar seine monatliche Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Kollege Rabe vom Hauptverband hielt einen Vortrag über: Die ethische Seite der modernen Arbeiterbewegung, der besetzt aufgenommen wurde. Der Kartell-Komitee berichtete dann über die letzte Sitzung des Kartells mit der Vorstands, die sich mit dem Um- und Erweiterungsbau des Gewerkschaftshaus beschäftigt hat. Jeder Kollege sollte einen Anteil an den Plänen zeichnen. Die Versammlung stimmte diesem Beschlusse einstimmig zu und die Kartell-Komitee ersucht den Kartell-Komitee als erste Rate 60 Mark für das Gewerkschaftshaus zur Bewilligung und löst sofort auszuführen.

Der Parteigeber. Die Verkehrs-Deputation erteilt eine Bekanntmachung über den Umsteigeverkehr auf der Neuen Staben abn. (Siehe Anschlag.)

Aktion Metallarbeiter! Unter dieser Überschrift beschreiben wir in Nr. 25 der „Volkswacht“ für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Metallarbeiter bei der Firma Georgi & Co. in Breslau. In der Versammlung am 7. Februar und nach eingehender Besprechung konnte jedoch einwandfrei festgestellt werden, daß die Lohnsätze der Metallarbeiter in niedrigeren waren. Zudem wird hierdurch der erste Bericht anfallend, falls auch damit unsere Anzusammlungen hinreichend. (Fortschreibung des Gewerkschaftshaus Breslau.)

Bericht: Uemänner der Schlosser. Dienstag, den 1. d. Mts. abends 8 1/2 Uhr: Vertrauensmänner-Versammlung der Schlosser im Zimmer I des Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Bericht aus dem Jahre 1911. 2. Neuwahl der Branchendelegation. 3. Wie begegnen wir der Situation in unserer Branche? Das Mitteilungsblatt ist mitzubringen. Der Branchendelegation.

Branchendelegation und Schmid. Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr: Branchendelegationsversammlung in den „Union-Hallen“, Reichenstraße 61 (Hauptbahnhof). Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Philippow über: Ein Rückblick auf die Arbeit und die Entwicklung im Bauhilfs-Gewerbe. 2. Neuwahl der Branchendelegation. 3. Verschiedenes. Die Branchendelegation.

Aktion, Bauhilfsarbeiter. Sonntag, den 11. Februar, vormittags 11 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshaus: Mitglieder-Versammlung der Bezirkskassier. Der Vorstand.

Der Orchester-Verein veranstaltet am 9. Februar im Konzertsaal des 7. Volkshauslichen Freitageskonzerts, das von reichhaltigen philharmonischen Orchester unter Leitung des Herrn Werner ausgeführt wird. Die Konzert-Programme sind von Herrn und Gertraud Meinel werden von Herrn von Thomas und Samson und Lucia von St. Saens und ein Duet von Lidia von Perdi vortragen. Aufgeführt werden folgende Werke: Symphonie „Ländliche Hochzeit“ von Gubiner, Overtüre zur „Curanthe“ von Weber, Overture der Opern „Licht und Dämonen“ zum Tannhäuser von Wagner, Anfang 8 Uhr.

Zur Revolver-Schießerei im Hotel Stadt Frankfurt. Der aus Belgien/Dänemark stammende Zeichner Anton Groß, der im Hotel Stadt Frankfurt ein gefährliches Schießen mit Revolvern veranstaltet, ist nachdem im Allerheiligenshofplatz keine Verlesungen getrieben worden, in die Irrenanstalt auf der Einbaumstraße überführt worden, da festgestellt wurde, daß Groß geisteskrank ist.

Zu einer Verkehrsstörung kam es am Mittwoch auf der Schwarzstraße. Zu einem mit Langholz schwer beladenen, der Schleiferei Langer-Compagnie gehörigen Lastwagen brach in dem Augenblick ein Hinterrad, als der Wagen gerade auf dem Straßenbahnsteig war. Da ein Teil der Ladung erst abgelenkt werden mußte, ehe der Wagen von der Stelle gebracht werden konnte, entstand eine Störung im Straßenbahnverkehr von 20 Minuten.

Erhängt hat sich in seiner Wohnung, Weinstadt 23, der nudische Franz Kallisch. Der Mann war seit längerer Zeit schwerlich leidend und ärztlich, völlig gelähmt zu werden; der Weg nach er seinem Leben ein Ende.

* Genossen von Ostaschin! Der Gastwirt Partsch in Ostaschin denkt nach wie vor nicht daran, sein Lokal zu Gewerkschafts- und Partei-Versammlungen herzugeben. Herr Partsch wird in seinem Verhalten von dem Fleischer Heineemann, dem Kaufmann Sonntag und dem Fleischer Geier unterstützt, die sich bereits als Gegner der „Volkswacht“ gezeigt haben.

* Ein Stubenraub war Donnerstag mittag im Hause Neumarkt 24 ausgebrochen. Als die Feuerwehr dort ankam, quoll aus den Bodenstufen des dreistöckigen Hauses dichter Rauch hervor, sodas antreten angenommen wurde, es handle sich um einen Bodenbrand. Als man in das Haus eindringte, land man das Feuerhaus vorant. Zuversichend wurde bemerkt, daß der Rauch aus einer Wohnung im ersten Stock kam. Da alle Fenster fest verschlossen waren, wurden sämtliche Fensterbänke der nach der Straße zu gelegenen Wohnung eingeschlagen und so dem geradzuz erkündenden Qualm Abzug ermöglicht. Das Innere dieser Wohnung befindet sich aus Möbeln, Bildern, Kleidungsstücken und allerlei Haus- und Küchengeräten, Handtücher in Kümmen. Es gelang der Wehr, das Feuer mit mehreren Eimerwürfen zu löschen. Nach etwa halbtägiger Tätigkeit konnte es wieder abgeblättern.

* 4000 Mark verloren hat am Donnerstag in der Zeit von 1 bis 1 1/2 Uhr mittags auf der Straße von Marktstraße bis Sedanstraße ein Mädchen von der Klosterstraße. Es hatte einen Betrag, der in Fahrkarte bestand, am selben Tage als Geld verloren erhalten.

* Gestohlen wurde aus einer Restauration am Lehndamm ein Ueberzieher, in dem ein Geldbeutel vom Kaiser-Bataillon Nr. 6, Fahrgang 10608, eine Invalidentaxe und ein Verbandsbuch der Steiniker Nr. 5522 enthalten war. Alle Papiere sind auf den Namen Wobau zu gesteuert.

* Gestohlen wurden ein Hundemantel, ein Kragen-schoner, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Geldbeutel mit Inhalt. — Verloren wurden ein schwarzes Lederportemonnaie mit 820 Mk., ein goldener Zweifler, ein Portemonnaie mit 80 bis 150 Mk., ein goldenes Kettenarmband, eine goldene Damenuhr mit goldener Kette, eine silberne Damenuhr mit Goldrand, eine goldene Damenuhr Nr. 7103 mit goldener Kette, ein Verlobungsring aus E. D. 15. 12. 85. Zu erfragen im Hundebureau des Polizeipräsidiums, Krüdnerstraße.

Neueste Nachrichten.

Der Kampf um den Präsidenten.

Berlin, 9. Februar. Nach der gestrigen Reichstags-Sitzung traten die Vorstände der einzelnen Fraktionen zur ernsten Beratungen zusammen. Die jedoch zu einem positiven Ergebnis nicht führten. Wohl aber scheint nunmehr nach einer Richtung hin eine Lösung der Lage herbeigeführt worden zu sein. Es hat sich nämlich bei den bereits stattgefundenen Beratungen herausgestellt, daß sowohl die Konservativen, als auch das Zentrum auf dem Standpunkte verharren, daß diese beiden Parteien mit einem Vertreter der Sozialdemokratie nicht das Präsidium bilden können. (Das Zentrum allerdings nur wegen des verhältnismäßigen Abganges, die Konservativen prinzipiell.) Damit war für die übrigen Fraktionen eine Sachlage geschaffen, die sie nach gestern Abend zur Grundfrage weiterer eigener Beratungen machten.

Die liberalen Parteien nehmen ihrerseits keinen Anstoß an der sozialdemokratischen Wahl im Präsidium, nehmen, wie sie ausdrücklich erklärten, keinen Anstoß, der sozialdemokratischen Partei einen Sitz im Präsidium zu überlassen, nachdem von sozialdemokratischer Seite gestern die strikte Erklärung abgegeben worden ist, daß man zwar die höchsten Pflichten abweise, daß man aber alle staatsrechtlichen Pflichten auf sich nehmen werde. Das wurde im liberalen Lager als vollkommen genügend erachtet, und so wird aller Voraussicht nach der heutige Tag bereits die erste Abstimmung zwischen den beiden annähernd gleichstarken Blockparteiungen des Reichstages bringen, wenn das Zentrum nicht noch im letzten Augenblicke anderen Sinnes wird. Bleibt es auf seinem Standpunkte verharren, so ist es möglicherweise das neue Reichstagspräsidium aus einem National-Liberalen, einem Sozialdemokraten und einem Volksparteiler bestehen. Ueber die Persönlichkeit des neuen Reichstagspräsidenten herrscht noch völlige Unklarheit.

Die „Völkische Zeitung“ schreibt: „Komm es bei neuen interfraktionellen Beratungen abermals zu keiner Verständigung, so werden in der heutigen Plenarsitzung die einzelnen Fraktionen jede für sich vorzugehen. Es ist dann ausgeschlossen, daß eine Entscheidung im ersten Wahlgange erfolgt. Im zweiten Wahlgange wollen die Sozialdemokraten für einen National-Liberalen als Präsidenten stimmen, ebenso die fortschrittliche Volkspartei. Sollte schließlich nicht ein National-Liberaler, sondern ein Konservativer als Präsident gewählt werden, so dürfte die fortschrittliche Volkspartei ihre Beteiligung am Präsidium, sowie an der weiteren Wahl des Vizepräsidenten ablehnen.“ Das wäre sehr berechtigt. Dann müssen sie dem Konservativen einen National-Liberalen auf die Nase setzen, damit der Konservativ nicht weiter zögert.

Sie wissen nicht, was sie tun!

Berlin 9. Februar. Die Wirtschaftliche Vereintzung hat sich neu konstituiert und behruen zum ersten, Vizepräsident Wilm zum zweiten Vizepräsidenten und Dr. Werner als Schriftführer gewählt. Die Meldung, die Wirtschaftliche Vereintzung habe sich aufgelöst, ist also unzutreffend.

Berlin 9. Februar. In Reichstagsabgeordnetenkreisen verläuft: Die Polen wollen sich bei der Präsidentenwahl der Stimme enthalten. Wenn das tatsächlich geschieht, so würde ein National-Liberaler, und zwar entweder Bassermann (1) oder Prinz von Schönaich-Carolath zum Präsidenten gewählt werden.

Nach Berliner Muffen.

München, 9. Februar. Der Münchener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ fann auf Grund zuverlässiger Informationen mitteilen, daß man sich an maßgebender Stelle mit dem Gedanken trägt, als Nachfolger Frauendörfers nach Berliner Vorbild einen General zum Chef der bayerischen Verkehrsverwaltung zu machen.

Aus dem Ruhrgebiet.

Bottum, 9. Februar. Der sogenannte Bergarbeiterbund, der die Verband der Kirch-Düdenschen Gewerkschaften und die Völkische Berufsvereintzung sind jetzt mit bestimmten Lohnforderungen an die Unternehmer-Organisationen herangetreten. Die Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter hat sich zwar an den Verhandlungen selbst nicht beteiligt, kehrt den Forderungen aber ebenfalls sympathisch gegenüber. Die Eingaben wegen Kohnerhebung sind bereits an den Bergbauischen Verein und an den Lehensarbeiterverband abgegangen.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Nach	7. Februar	8. Februar	9. Febr.
Dr. L. H. H. + 22.10.11.	Vm. 2 Uhr	Mitt. 6 Uhr	Vm. 2 Uhr
Außentemp. (C)...	+1,7	+1,6	+1,2
Lufttemp. (m)...	74,9	74,2	74,3
Lufttemp. (m)...	73	73	73
Lufttemp. (m)...	72	72	72
Lufttemp. (m)...	70	70	70
Lufttemp. (m)...	68	68	68
Lufttemp. (m)...	66	66	66

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Ort	Stand	Ort	Stand
Breslau	199,8	Frankfurt	198,5
Wiesenburg	197,2	Leipzig	196,8
Magdeburg	195,1	Hamburg	194,5

Versammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus. Sonabend, den 10. Februar: Holzarbeiter-Verband, Maskenball im großen Saale. Lederarbeiter-Verband, Versammlung im Zimmer 2. Sonntag, den 11. Februar: Steinarbeiter. Von 10—12 Uhr: Kassenamt. Bauhilfsarbeiter, Versammlung vorm. 11 Uhr im Zimmer 2. Pflanzler, Versammlung vormittags 10 Uhr im Zimmer 3. Sozialdemokratischer Verein Breslau. Der Jahlabend ist Montag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen: Distrikt 1 (Babih), Friedrichstr. 50a, Ref. Gen. Tokus. 2 (Sauerbr.), Viktoriapl. 34, Ref. Gen. Bendert. 3 (Gräbich, Vorst. Südl.), Gräbichstr. 74, Referent: Gen. Goldschmidt. 3a (Gräbich, Vorst. nördl.), Siebenhulensstr. 19, Ref. Genosse Element. 4 (Nikolaitor), Schreierstr. 23, Ref. Gen. Müller. 6 (Leutestr.), Leutestr. 12/14, Ref. Genosse Stöhr. 6 (Hildebrandstr.), Hildebrandstr. 24, Ref. Gen. Frau Behrens. 7 (Lanaogasse), Lanaogasse 62, Ref. Gen. Neukirch. 8 (Oderstr.), Mehlgasse 52/54, Ref. Gen. Biegan. 8a (Ketschhausstr.), Ketschhausstr. 16, Ref. Gen. Frau Selinger. 9 (Michaelisstr.), Michaelisstr. 3, Ref. Gen. Herrmann. 9a (Heinrichstr.), Heinrichstr. 5, Ref. Gen. Fr. Kellrich. 10 (Zandtor), Zandtorstr. 8, Ref. Gen. Klonsky. 11 (Michaelisstr.), Michaelisstr. 26, Ref. Gen. Pach. 12 (Scheitn. Vorst.), Paulstr. 42, Ref. Gen. Kurth. 13 (Hirschstr.), Hirschstr. 68, Ref. Gen. Frau Pawatisch. 14 (Ochlawer Tor), Königsgraben 10, Ref. Gen. Mizeb Richter. 15 (Gewerkschaftshaus), Ref. Gen. Rother. 15a (Tautenschtr.), Tautenschtr. 92, Ref. Gen. Adam. 13 (Streblener Tor), Dubsenstr. 80, Ref. Gen. Schüß. 16a (Hohrauer Tor), Hohrauerstr. 70, Ref. Gen. Riede. 17 (Schweidniger Tor Südl.), Reudorfstr. 99, Ref. Gen. Reifert. 17a (Schweidniger Tor nördl.), Reudorfstr. 65, Referent Gen. Praig. 18 (Innere Stadt Südl.), Reherberg 7, Referent Genosse Bartlich. 19 (Innere Stadt westl.), Kupferschmiedstraße 21, Ref. Gen. Machol. Landdistrikt 6 (Vöpelwitz), Vöpelwitzstr. 23, Ref. Gen. Seibold. 10 (Gräbich), Dorfstr. 27, Ref. Gen. Srowig. 14 (Perdau, Dürrgöy), Schönstraße 21, Referent Genosse Sont.

Distrikt 8a (Oderstr.). Die Flugblattverteilung und die „Volkswacht“-Agitation wird von dem Lokal Ketschhausstraße 16 aus unternommen. Vollständiges Erscheinen ist notwendig. Distrikt 9a (Oderstr.).

Unter Jahlabend wird Montag im neuen Jahlabendlokal Heinrichstraße 65 abgehalten. Auch die Flugblattverbreitung am Freitag und die „Volkswacht“-Agitation am Sonntag wird von dort aus unternommen.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

- Landdistrikt 4. (Rosental.) Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr: Distrikts-Versammlung bei Ubra in Rosental. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Genossen Wolff aus Breslau. 2. Aufstellung der Kandidaten zur Gemeindevahl. 3. Bericht von der Generalversammlung. Landdistrikt 6. (Vöpelwitz.) Montag, den 12. Februar, abends 8 Uhr: Jahlabend bei Müllers, Vöpelwitzstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Seibold. 2. Bericht der letzten Generalversammlung. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Landdistrikt 7. (Bezirk Klein-Gandau, Schmiedefeld, Gofel, Pletewitz, Klein- und Groß-Masselwitz.) Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 8 Uhr: Distriktsversammlung bei Peltmann in Pletewitz. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Gemeindevertretung. Redner: Redakteur Genosse Neukirch aus Breslau. 2. Unsere Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Landdistrikt 9. (Bezirk Groß-Moschb. u. Amof.) Sonntag, den 11. Februar, nachmittags Punkt 1 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schreier in Groß-Moschb. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Gemeindevertretung. Redner: Gemeindevertreter Srowig in Rietern. 2. Aufstellung eines Kandidaten. 3. Vereinsangelegenheiten. Landdistrikt 13. (Bezirk Rothfärberey, Tschanschewitz, Reppin, Weigwitz, Kreitz und Wangern.) Sonntag, den 11. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Gemeindevertretung. Redner: Gemeindevertreter Srowig. 2. Abrechnung des 2. Quartals. 3. Verschiedenes. Wo, fagen die Bezirksführer. Bezirk Völkisch. Dienstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Scholz. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Gemeindevortretewahlen. 2. Bericht der Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Landdistrikt 16. (Bezirk Eitelwitz.) Die Versammlung in Marchwitz findet nicht bei Müller, sondern bei Gramsch in Marchwitz statt. Der Distriktsführer. Landdistrikt 19. (Bezirk Sand, Schönitz u. Wolsnig.) Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung in Schönitz beim Gastwirt Hoffmann. Tagesordnung: 1. Unsere Beteiligung an der Gemeindevortretewahl. Redner: Gemeindevortreter Srowig. 2. Bericht der Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Sache zur anderweitigen Verhandlung zurückverleihen. Danach war der Generalkassierangestellte Paas vom Landarbeiterverbande zu einer Strafe von 50 Mark verurteilt worden, weil er eine Anzahl von einer Verbandsversammlung einladende Arbeiter in einem Torse im Werksbetrieb aufgefördert hatte, ihm auf der Landstraße zu folgen, nachdem die Wirtin des einzigen Lokals im Ort die Abhaltung der Versammlung in der Gaststube verweigert hatte. Die Unterordnung auf der Chaussee war als eine nicht genehmigte öffentliche Versammlung unter freiem Himmel betrachtet und Paas vom unabhängigen Schöffengericht zu einer Strafe von 50 Mark verurteilt worden; in der Vernehmung wurde die Strafe auf 10 Mark ermäßigt. Das Kammergericht entschied, daß der Berufungsrichter den Begriff der Öffentlichkeit verkannt habe. Öffentlich ist eine Versammlung, wenn sie nach der Art ihrer Einberufung sich nicht auf eine oder mehrere bestimmte Personen beschränkt, sondern jedermann, oder doch eine unbestimmte Mehrheit Zutritt haben soll. Der Berufungsrichter hätte die nach dem Verbot einberufene (aber nicht zustande gekommene) Versammlung und die Versammlung auf der Chaussee auseinanderhalten sollen. Es ist unrichtig, die letztere ebenfalls als eine öffentliche zu betrachten, weil die letztere öffentlich einberufen ist, denn die Versammlung auf der Landstraße ist dadurch zu unterscheiden worden, daß der Anführer eine genau überblickbare und die Personen — wenn auch nicht den Namen nach — genau bestimmte Zahl von 8-10 Personen aufgefordert hat, ihm zu folgen und daß er sich mit der gleichen — übrigens impoliten — Aufforderung an den Radfahrerverein (der im Nebenzimmer tagte. S. S.) gewandt hat. So sagt das Kammergerichtsurteil und folgert daraus, daß nach der Art dieser Einberufung die Landstraßerversammlung nicht ohne weiteres als öffentlich zu bezeichnen sei. Wenn nur die im Lokal aufgeforderten zur Versammlung Zutritt haben sollten, habe es sich nicht um eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel gehandelt. Das Berufungsgericht mußte feststellen, ob auf der Chaussee sich Personen befänden, für die die Öffentlichkeit bestünde, sich der Versammlung anzuschließen und ob dieser Erfolg beim Versuch vorauszusehen und gewollt sei. Die Strafkammer Strafkammer, an welche die Sache zurückverleihen war, hätte am 28. Januar zu einer mündlichen Verhandlung kommen müssen, denn nach einer solchen mündlichen Vernehmung waren die dem Kammergericht an den Schrift der nichtöffentlichen Versammlung gefassten Voraussetzungen klar erwiesen. Nicht nur, daß auf den rechtskundigen Zutritt nach und zu der Bahn dem Angeklagten kein Recht auf der Landstraße begehrt war, auch im Ort selbst waren nach den übereinstimmenden Behauptungen der drei Zeugen des Staatsanwalts kein Mensch auf der Straße. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft bemühte sich fruchtlos, beim Fall das nötige sozialdemokratische Kammerverhandlungen mit erreicht auch wieder eine Verurteilung. Der Vorstands über nebenbei bemerkt als Kandidat der Reichspartei einige Tage vorher in der Stichwahl gegen den Kandidat Siebel unterlegen war, gebührende das neue Urteil und damit den Begriff der Öffentlichkeit mit dem Verhalten des Angeklagten, der vor dem Verlassen des Lokals die Anwesenden, auch die Radfahrer, nachmals zum Mitgehen aufgefordert habe. Diese Auffassung des Gerichts steht im direkten Widerspruch mit der Entscheidung des Kammergerichts und wird von diesem in der wiederum einzulegenden Revision für fertigerig worden.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Der größte Reichstagswahlkreis in der Provinz Schlesien

In Aalkowitz-Gebirge mit der Zahl der Wahlberechtigten von 79.228. Es folgt als zweitgrößter Wahlkreis Schlesiens Silesien mit 77.311 Wählern. Breslau-Ost und Breslau-West haben 51.506 bzw. 52.400 Wähler. Es folgen der Wahlkreis Lauban-Görlitz mit 48.791 und Pleß-Pusch mit 45.366 Wählern. Zwischen 20.000 bis 30.000 Wähler zählen die Kreise Breslau-Neumarkt, Waldenburg, Lublinitz-Gleiwitz, Kagnau-Siegenitz, Freyburg-Sprottau, Freyburg-Bühlern, die Kreise Gubrau-Siegnitz, Wilschke-Treibitz, Bartenberg-Dels, Schlan-Sinditz, Striegau-Schweidnitz, Reichenbach-Neurode, Glas-Haselischwerdt, Ebnack-Grosz-Sirehlitz-Cosel, Ratibor, Janitz-Grunberg-Tschaidt, Zagan-Sprottau, Liebau-Tunglau, Landeshut-Neuer, Schönbach-Sirehlitzberg und Reichenburg-Soverswerda. Alle übrigen schlesischen Kreise, von denen der Kreis Löwenberg mit 11.123 Wählern ist, zählen unter 20.000 Wahlberechtigten.

Wer terrorisiert?

In Lissa i. Posen ist den Beamten der Post und Eisenbahn, sowie den Hilfsarbeitern der Besuch polnischer Wirtschaften verboten worden. Nach den glaubwürdigen Versicherungen der Beteiligten mißt sich das Verbot auf den Ausweg der Reichstagswahl, wo bekanntlich der Graf Oppersdorf mit Hilfe der Polen gewählt wurde. Zum Überdies werden nach folgender Grundlage bestraft: Die im Beamtenverhältnis stehenden Post- und Bahnangestellten werden mit dem Verlust der Dienstzulage, die als Hilfsarbeiter Beschäftigten werden mit der sofortigen Entlassung bestraft.

Dieser Maß hat unter den Betroffenen ziemlich Erregung hervorgerufen.

Waldenburg, 9. Februar. 350 Mark Geldstrafe. Ein früher in Gersdorf tätiger und von uns vielgenannter Polizeikommissar Wüsterl und den Beherbringeren Grünler aus Wüsterndorf ist Genosse Paul Zischer in seiner Eigenschaft als Verantwörtlicher der Bergwacht bestraft worden. Grünler hätte sich beleidigt durch eine Notiz in der Bergwacht über einen Selbstmord eines Arbeiters bemerkt, in der auch gesagt worden war, daß Grünler kurz vor seinem Tode scharfe Auseinandersetzungen mit Grünler gehabt habe. Zwei Zeugen klanderten, daß der Verstorbenen zu ihnen gesprochen habe, einen Aufruf mit dem Direktor gehabt zu haben und wieder er sich sehr geübert hat, weil nach seiner Meinung die Notizen, die ihm der Direktor gemacht habe, unklar und undeutlich waren. Herr Grünler als Zeuge dagegen behauptete, nur eine Aushändigung mit Grünler gehabt zu haben, die man aber nicht als scharfe Auseinandersetzung bezeichnen könne. Antrag des Staatsanwalts: 300 Mark Geldstrafe. Urteil des Gerichts: 300 Mark Geldstrafe.

Bei der Beleidigung des Polizeikommissars Wüsterl handelte es sich um einen Artikel 'Fetzel und Zettelteilung'. Der Artikel behandelte die Freisprechung einiger Genossen, die wegen Zettelteilung angeklagt waren, dem der Strafkammer zu Waldenburg aber freigesprochen wurden. Es wurde nun im dem Artikel darauf hingewiesen, daß trotz der Freisprechung, die doch auch dem Polizeikommissar Wüsterl bekannt sein mußte, am 28. Oktober erneut zwei Bergarbeiter, die am Bahnstrecke Fetzler verteidigen, verhaftet und die Zettelteilung als Strafmittel angesehen gegeben, daß der Polizeikommissar Wüsterl, trotz der bisherigen Praxis der Gerichte, wonach nicht gewerkschaftliche Zettelteilung als nicht strafbar zu betrachten ist, immer noch den Zettelteilungen Schwierigkeiten macht. Die immer wieder erfolgende Bejähigung der Hand-

zettel und die Verhaftung der Zettelverleiher bezeichneten wir als ungerecht. Darin wurde die Beleidigung erblickt. Herr Wüsterl wollte die Anwendung zu der Verhaftung nicht gegeben haben. Er habe lediglich auf Verlangen der Bergarbeiterverwaltung des Bahnschiffes einen Schutzmann vor die Grube geschickt, der nachprüfen sollte, ob die Zettelverleiher eine Verletzung der Grubenregeln begangen hätten, solle er die Personalien der Verleiher feststellen. Der Schutzmann habe jedoch geglaubt, den Anordnungen einiger Grubenbeamten Folge leisten zu müssen, die die Befestigung der Zettelverleiher verlangten. Die Verhaftung sei nicht auf sein Verlangen zurückzuführen.

Genosse Zischer führte aus, man hätte ohne weiteres annehmen müssen, daß Herr Wüsterl als Vorgesetzter der Grubenbeamten die Direktiven zu allen Maßnahmen erteilte. Das sei ihm freilich neu, daß auch Polizeibeamte den Anordnungen der fürstlich Pleßschen Grubenbeamten Folge leisteten. Der Staatsanwalt beantragte 250 Mark Geldstrafe. Das Gericht sah den Fall wesentlich milder an und hielt dem Angeklagten zugute, daß er in der Tat der Meinung sein konnte, es handele sich um eine ungesetzliche Handlungsweise des Polizeibeamten, zu der Herr Wüsterl den Auftrag gegeben habe. Und trotzdem erkannte das Gericht auf 50 Mark Geldstrafe.

Schweidnitz, 9. Februar. Der letzte Gang des Arbeitshäuslers. Sehr häufig kommt es vor, daß von den 1500 Insassen des hiesigen Arbeitshauses, wovon etwa 500 nachwärts auf Arbeit sind, einer seinen letzten Gang antreten muß. Das Arbeits- und Landarmenhaus verzinkt infolgedessen über einen eigenen Friedhof. Wenn schon das Begräbnis eines der Entkräfteten der heutigen Gesellschaft, soweit er im bürokratisch-kapitalistischen Sinne frei zu nennen ist, in 99 von 100 Fällen mehr denn beiseite ist, so ist aber das Begräbnis eines von der heutigen Gesellschaftsordnung ausgestoßenen Arbeitshäuslers mehr als jämmerlich. Ein solches Begräbnis, von dem wir vor einigen Tagen Zeugnis waren, muß bei jedem Kulturmenschen bittere Gefühle gegen unsere soziale Weltordnung auslösen. Voran schreitet ein Beamter in schwarzer Kleidung mit einem mächtigen Krücken. Ein Krieger führt das Pferd, das den einfachen Leichenwagen mit dem oben einfachen Sarge zieht. Zur Begleitung beim als Träger gehen vier Krieger mit und das Ganze kommandierte ein Richter. So geht's bis zum Friedhof, allwo der unter die Räder unserer kapitalistischen Klassenleige geleommene in die kalte Erde gesenkt wird.

Wenn man eine derartige Begräbnis sieht, fällt einem sofort auf, daß der Gesellschaft nicht nur zur Begegnung, sondern auch zum Friedhof, trotzdem bei Begegnungen die Arbeitshäusler nicht über menschliche geistliche Hilfe zu fluchen haben. Ob man die bei dem Toten nicht mehr für nötig hält? Aber auch das ein Trauergefühl fehlt, und selbst wenn dies aus den Lebensbedingungen des Begräbnis bekäme, ist, wie man die durch die Unkenntnis der kapitalistischen Verhältnisse den Machthabern in die Hände getriebenen Menschen menschenunwürdig behandelt.

Schweidnitz, 9. Februar. Die vielfachen Gefährdungen welche im Schweidnitz Kreisere mangelhafte beseitigte Vorstands verurteilten, finden allmählich ihre Begegnung. Mehrfach hatte sich die Strafkammer schon mit Gefährdungen zu beschäftigen, welche die betroffenen Tiere mit ziemlich erheblichen Schäden verlegte. Jetzt hatten sich wieder zwei Gefährdungen zu verantworten, welche in der Nacht vom 8. zum 9. Dezember vorigen Jahres einen Streifen nach Groß-Riedersfeld bei Leutnantsdorf unternahm und dort dem Dächnerhahn des Eigentümers Völkel einen Besuch abstattete. Als der Tag völlig überhört wurde der frühere Hausdiener Josef Czichos aus dem Landkreis Döpnitz und der Antreiter Max Leisinger aus Rastatt erachtet. Czichos flüchtete an einer Leiter zum Dächnerhahn empor, und da das Gerüst offen stand, wagte Czichos einen falschen Schritt und ließ seine Hühner an sich, die er dem untertugendenden Leisinger zuweihen. Der mithalf die Tiere abzuwehren. Das Urteil lautete gegen Czichos auf eine Geldstrafe von 2 Jahren Aushaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Gegen Leisinger wurde auf eine Geldstrafe von neun Monaten erkannt, da er von Cz. verführt worden ist.

Gantz, 9. Februar. Unglücksfall über Raubmord? In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde in Peterwitz bei Rastatt Paul Ruffler, der bei der Gorkauer Sociätsbrauerei angestellt war, in einer großen Wutlache auf der Chaussee tot aufgefunden. Kopf und Gesicht waren fast nicht mehr zum Wiedererkennen. Da die Gelbtische mit 121 Mark fehlen soll, liegt die Vermutung nahe, daß Ruffler, der 25 Jahre alt und seit etwa 6 Monaten verheiratet ist, das Opfer eines Heberalles geworden ist.

Eine andere Meldung dagegen lautet: Ein trauriger Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag. Ein Gespann der Gorkauer Sociätsbrauerei fehlte ohne Anger zurück; infolgedessen machte sich der Verheiratete auf die Suche, um nach dem Kuffler zu suchen. Unweit des Dorfes Groß-Peterwitz fand er den Kuffler: Ruffler in einer großen Wutlache vor. Er ist wahrscheinlich eingeschlafen und vom Wagen heruntergefallen, wobei ihm die Räder über den Brustkorb und Kopf gingen, die den sofortigen Tod herbeiführten. Er ist 25 Jahre alt und seit August vorigen Jahres verheiratet. Welche von beiden Lesarten richtig ist, muß die Untersuchung aufklären. Jedenfalls nelgen die Verwandten der Ansicht zu, daß Ruffler, der ein solider Mann war, das Opfer eines verbrecherlichen Heberalles geworden ist.

Siegenitz, 9. Februar. Zur Bodenerkrankung. Der an den Tod erkrankte Regierungsrat Schmidt hatte auch als Regierungsrat am 27. Januar an dem Festessen der aktiven, Reserve- und Landwehr-Offiziere zu Kaisers Geburtstag im Liegnitzer Offizier-Kasino teilgenommen; infolgedessen haben auch die Teilnehmer an diesem Festessen sich der Schuppoden-Impfung unterzogen.

Unlück wird gemeldet: Bisher sind in Siegnitz sieben Bodenerkrankungen zu verzeichnen. Erkrankt sind Regierungsrat Schmidt, drei Arbeiter, ein Invalide, eine Diakonin sowie die Ehefrau eines Eisenbahnchaffners a. D. Ueber 100 Personen, die mit dem Erkrankten in Verbindung gekommen sind, stehen unter Beobachtung und sind geimpft worden. Sämtliche Erkrankungsfälle sind leichter Natur und geben zu Besorgnissen keinen Anlaß. Der Kreis der Erkrankungen ist den angegebenen Stellen bekannt, deshalb sind Maßnahmen getroffen worden, um die weitere Verbreitung der Krankheit zu verhindern.

Inzwischen sind noch zwei weitere Personen, die Ehefrau eines Klempners und ein Schaffner a. D. unter Erscheinungen erkrankt, die den Ausbruch der Boden befürchten lassen. Beide sind deshalb in die Hotel-Parade des hiesigen Krankenhauses übergeführt worden.

Bei dem öffentlichen Impftermin an Dienstag haben sich etwa 200 Personen beiderlei Geschlechts der Impfung unterzogen.

Gagnan, 9. Februar. Zu Ehren des Einzuges der 110 Sozialdemokraten geflaggt. Wie das Gagnaner Stadtblatt berichtet, hat in Wandmannsdorf hiesigen Arenes ein ländlicher Besitzer auf seinem Hause ein rote Flagge geflügt, weil 110 Sozialdemokraten in den Reichstag einzogen. Auch eine Ehrung in diesem rein agrarischen Dorf, wo bei der Hauptwahl eine, bei der Stichwahl zwei Stimmen für uns abgegeben wurden.

Glagau, 9. Febr. Aus der besten aller Welten. Ein trübes Bild aus unserer gottgewollten Gesellschaftsordnung entwirft eine Verhandlung vor der hiesigen 2. Strafkammer. Ein armer Korbmachergeselle aus dem Nachbarstädtchen Beuthen a. O. hatte seinem Meister, von dem er erbärmlich schlecht bezahlt wurde, drei Gebund Weiden genommen, um diese für sich zu verarbeiten. Den Erlös wollte er seiner aus sieben Kindern und Frau bestehenden Familie zur Anschaffung von Nahrungsmitteln zuwenden. Da der arme Schlichter das Vieh hatte, schon gegen den dreimal geheiligten Eigentumsparagrafen verstoßen zu haben, wurde er zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Meister, der so erbärmlich bezahlt ist, der Korbmacher Werner in Beuthen a. O. selbst das Gericht mußte die bittere Rolle zugeben, in der die Familie, sich befand. Nun wird der Mann zu vier Monate auf Staatskosten verpflegt, aber um so trauriger wird sich nun das Los seiner Angehörigen gestalten müssen. Anstatt Brot, Steine! Und das von Rechts wegen!

Zagan, 9. Februar. Wo Proletariat ihr Leben beschleichen. Erfurten aufgefunden wurde die unheimlichste Arbeiterin Helene Stephan. Von der Arbeit ermüdet heimkehrend, hatte sie sich in der Wilmanstraße niedergelegt und war bei der Rufe erscharrt. Ein Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Muß es nicht aufrüttelnd auf alle Arbeiterinnen und Arbeiter wirken, wenn sie fast Tag für Tag lesen, wo an diesem oder jenem Ort ein Arbeiter seiner Klasse unter gleichen oder ähnlichen Umständen sein am Entbehrten zu reichem Proletariatleben beschleichen. Stirn in die Gewerkschaften, die dafür sorgen, daß die Ausbeutung nicht so einen Grad annimmt, daß man vor Erschöpfung nicht einmal mehr den Heimweg antreten kann.

Jesenitz, 9. Februar. Opfer der Kälte. Der hiesige Wladimir wurde an der Straße unweit der 'Rottelwelle' der Landwirt Paul Stein aus Thomasdorf sterbend aufgefunden. Auf dem Heimwege war er ein Opfer der Kälte geworden.

Wreschen, 9. Februar. Der Kälte zum Opfer gefallen ist der Arbeiter Graefel in Bjan, man fand ihn als Leiche auf der Straße.

Mietwesen. G. F. in S. bitten um nochmalige Inaabe Ihrer Adresse Schomber. Die Kündigung müssen Sie annehmen; es dürfte Ihnen gefällig werden. H. M., Wreschen. Wenn Sie monatlich die Miete zahlen und über die Kündigung nicht ausgemacht ist, durfte Ihnen am 4. Februar gekündigt werden und Sie müssen am 1. März ausziehen.

Bekanntmachung über den Umsteigeverkehr auf der städtischen Straßenbahn.

Die Berechtigung zum kostenlosen einmaligen Umsteigen soll den Fahrgästen die Erreichung ihres Ziels zum Preise von 10 Pf. auch dann ermöglichen, wenn zwei Straßenbahnlinien benutzt werden müssen. Der alle von diesem Recht Gebrauch machen will, muß unmittelbar, nachdem er den Wagen der einen Linie verlassen hat, in den umschicht kommenden nicht voll besetzten Wagen der anderen Linie einsteigen; das Umsteigen darf auch nur an den Stationsstellen erfolgen, die den Kreuzungspunkten der beiden in Frage kommenden Linien zunächst liegen.

Das Umsteigen zwischen den durch die Mischstraße verlaufenden Linien (Städtische Hauptpost) und den Linien 5, 6, 17, 18 (Waldwiese) (Christophstr.) ist, wie bisher, so auch bis auf Weiteres gestattet.

Am übriegen ist es nicht zulässig, vor dem Umsteigen eine Zwischenstrecke zu Fuß zurückzulegen oder gar die zweite Linie dazu zu benutzen, um auf demselben oder einem anderen Wege zurückzufahren.

Zwischenhandlungen können als Betrug bestraft werden und das Fahrpersonal ist angewiesen, sie zur Anzeige zu bringen.

Breslau, den 3. Februar 1912. 1722
Die Verkehrsdeputation.

Wir sind auf der Höhe

bringen zum Schluss der Winter-Saison unser gesamtes Lager in Herren-Garderoben im Monat Februar mit **tabelhaft billigen** Preisen zum Verkauf. Unsere moderne Es-sous 1724

sind auf der Höhe

so bekannt, dass es unnütz wäre, darüber zu sprechen. Besonderen Wert legen wir

gute Qualität und tadellosten Sitz. Ein Besuch ohne Kaufzwang überzeugt Sie von

Richtigkeit und dürfte es sich auch empfehlen, unsere Sei-fenster zu besichtigen. Da wir für 45.- u. 60.- Mk. einen eleganten Anzug nach Mass anfertigen, werden wir stets an der

Kaufhaus für Herren-Garderoben

G. m. b. H.
Neue Schweidnitzerstr. 6, Hansa-Haus.